

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags ein-
mal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin
10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für
bezug nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Geschäfts-
bezug für Deutschland und Österreich 14,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M.,
zusätzlich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M.,
Werbung, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 54.

Die achtseitigen Anzeigenblätter über deren Raum kostet 1,- M., einschließlich
Leitungsaufschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,- M., jedes weitere
Wort 1,50 M., einschließlich Leitungsaufschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif.
Werbungsaufschlag und Stellen-Anzeige 1,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Anzeige
in den Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4603, 4625, 4648, 4922

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Auf zum Preußenkampf!

Wähler und Wählerinnen!

Am 20. Februar 1921 werden in Preußen der Landtag, die Provinzial-Landtage und die Kreistage neugewählt. Der Wahlkampf fällt in eine Zeit verschärfter, wirtschaftlicher Not, politischer Zerrissenheit, militaristischer Reaktion und schamloser Klassenjustiz.

Teuerung, Mangel und Arbeitslosigkeit lasten schwer auf den Massen der Minderbemittelten, Arbeiter, Angestellten und Beamten. Der Hunger geht um, Frauen verkümmern, Kinder sterben dahin. Die Bilanzen der Industrie-Könige frohen „von Gold und Gesundheit“, Großgrundbesitzer machen Riesengewinne, Wucherer und Schieber plündern das Volk.

Ein verhängnisvoller Bruderkrieg schwächt den Kampf gegen den Kapitalismus. Große Teile der Arbeiterschaft sind verwirrt und irreführt. Viele verfallen der politischen Gleichgültigkeit.

Die Reaktion der bürgerlichen Klassen wird immer aktiver. Militarismus, Orgeß und Einwohnerwehren treten immer offener auf und treiben das Land in neue inner- und außenpolitische Konflikte.

Die preußische Justizschande ist kaum noch zu überbieten. Arbeitermörder werden entweder gar nicht bestraft oder außer Verfolgung gesetzt. Revolutionäre Arbeiter schmachten in Gefängnissen und Zuchthäusern. Waggonschieber erwidern ungestraft Millionen. Kleine Händler, notleidende Arbeiterfrauen werden für den Verkauf einer Handvoll Zigaretten oder den Erwerb kleiner Mengen Kartoffeln bestraft.

Männer und Frauen der Arbeit! Weher wirtschaftliche Not, noch Verfolgung und Unterdrückung dürfen Euch in Euerem Kampf um die Befreiung wankend machen. Ihr müßt alle Hemmungen überwinden und dem Kapitalismus mit nie versagender Energie und Siegesvertrauen auf allen Gebieten entgegentreten. Der Wahlkampf ist ein Teil Eures politischen Kampfes. Wahlerfolge bringen Euch politischen Machtzuwachs und stärken Euch für den entscheidenden Kampf zur Überwindung des Kapitalismus und zur Verwirklichung des Sozialismus. Unserm Endziel, dem Sozialismus, müssen alle unsere Kämpfe dienen.

Wähler und Wählerinnen in Preußen!

Vor zwei Jahren habt Ihr die Preußische Landesversammlung gewählt. Ihre Tätigkeit ist beendet. Die bürgerlich-reformsozialistische Demokratie veriprach „in Preußen eine der revolutionären Staatsumwälzungen entsprechende Neugestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in die Wege zu leiten.“

Die bürgerlichen Parteien und die Rechtssozialisten erweckten Hoffnungen auf Wunderkräfte einer bürgerlich-reformsozialistischen Demokratie! Was ist aus diesen Illusionen geworden? Die Preußische Landesversammlung hat nichts getan, um die revolutionären Erzeugnisse zu befestigen und auszubauen, sie hat im Gegenteil der Reaktion in die Hände gearbeitet und sich bemüht, von dem in Trümmern gesunkenen wilhelminischen Preußen möglichst viel wieder aufzubauen. Das beweist schon

die Verfassung,

die die Mehrheit der Preußischen Landesversammlung dem Staat gegeben hat. Ueber die von allen gewählte Volksvertretung hat man den Staatsrat gesetzt, der von den Provinzial-Landtagen gewählt wird. Der Volksvertretung wird so ein zweites, aus indirekten Wahlen hervorgegangenes Oberhaus beigegeben, das insbesondere in Finanzfragen eine entscheidende Stimme hat.

In der Verwaltung ist der

volksfeindliche Geist der altpreussischen Reaktion

erhalten geblieben. Der alte schwerfällige, jede schöpferische Tätigkeit lähmende, kostspielige bürokratische Apparat besteht immer noch. Die Selbstverwaltung bleibt verpönt. Die Bevormundung durch den Obrigkeitsstaat ist geblieben.

Von sozialistischem Geist ist in der Arbeit der Preußischen Landesversammlung nie ein Hauch zu spüren gewesen. Die Staatsbetriebe sind bürokratisch verwaltet worden, statt in die sozialistische Selbstverwaltung der Produzenten und Konsumenten überführt zu werden.

Zeige Kompromißsucht hat der Koalitionspolitiker überhaupt den Stempel aufgedrückt. Die bürgerlich-rechts-

sozialistische Regierung und Mehrheit der Landesversammlung wagte sogar den Vorschlag, den verjagten

Hohenzollern Hunderte von Millionen

nachzuwerfen auf Kosten der arbeitenden Klassen, diesen Hohenzollern, die mit die Hauptschuld an dem Elend Preußens tragen.

Unangestastet blieben die Hohenzollern-Nichter, die Träger der berüchtigten preußischen Klassenjustiz. Zweierlei Recht herrscht in Preußen nach wie vor für Herrschende und Beherrschte, für Reich und Arm, für Kapitalisten und Arbeiter!

Wähler und Wählerinnen in Preußen! Die ganze Tätigkeit der Landesversammlung hat die Reaktion gestärkt. Die Männer und Frauen der Arbeit aber wurden mit Ruten gezüchtigt, die sie sich zum Teil selbst gebunden hatten.

Das preußische Volk wählte eine bürokratische Mehrheit. Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten beherrschten die Landesversammlung. Ihre Politik entsprach vollkommen der alten reaktionären und volksfeindlichen Preußenpolitik.

Wohl haben viele hunderttausende Wähler und Wählerinnen vor zwei Jahren auch sozialistisch gestimmt. Die meisten stimmten aber damals für die Rechtssozialisten.

Die Rechtssozialisten

bildeten aber mit dem arbeitsfeindlichen Zentrum und den bürgerlichen Demokraten einen Regierungsblock. Anstatt rückwärtslos die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, paktierten die Rechtssozialisten so mit den bürgerlichen Parteien. Es ist aber unmöglich, die Interessen der besitzenden und besitzlosen Klassen zugleich zu vertreten. Die Koalition endete so mit der Stärkung des Bürgertums. Deshalb muß jede Partei, die als Vertreterin der Besitzlosen gelten will, den schärfsten Kampf gegen die kapitalistischen Klassen führen. Die Rechtssozialisten sind durch ihre Koalitionspolitik mitverantwortlich geworden für alle Verfehlungen und alle Unterlassungen.

Die Unabhängigen Sozialdemokraten

haben sich mit ganzer Kraft bemüht, die Interessen der Männer und Frauen der Arbeit wahrzunehmen. Sie wandten sich mit aller Schärfe gegen die reaktionären Bestimmungen der Verfassung, bekämpften die Einrichtung des Staatsrats und das reaktionäre Verwaltungssystem in Preußen.

Die Unabhängigen Sozialdemokraten forderten die Aufhebung der alten, nach dynastischen, militaristischen oder politischen Interessen der herrschenden Klassen gezogenen Grenzen der Provinzen und Staaten in Deutschland, sie forderten das Aufgehen Preußens und der anderen deutschen Staaten in einer deutschen Einheitsrepublik und verlangten die Neueinteilung Deutschlands nach wirtschaftlichen Notwendigkeiten.

Die Unabhängigen Sozialdemokraten forderten eine vollkommene Reorganisation des staatlichen Apparats unter tätiger und entscheidender Mitwirkung der arbeitenden Klassen, sie traten für die Rechte der Beamten ein, sie forderten die Beseitigung der alten Disziplinarverhältnisse und der geheimen Führungslisten.

Die Unabhängigen Sozialdemokraten bekämpften die Militarisierung der Polizei, sie wollten, daß die Polizei den Kommunen unterstellt wurde.

Die Unabhängigen Sozialdemokraten forderten eine grundlegende Umgestaltung der Rechtspflege und ihre Ausübung durch Erwählte der arbeitenden Bevölkerung, um der Klassenjustiz ein Ende zu machen.

Die Unabhängigen Sozialdemokraten erzielten die Ruhbarmachung der staatlichen Betriebe für die Interessen der Gesamtheit, forderten die Beseitigung des privatkapitalistischen Einflusses in den staatlichen Betrieben und verlangten u. a. auch die Sozialisierung des Heilwesens und des Hebamendienstes.

Die Unabhängigen Sozialdemokraten bekämpften entschlossen die Auslieferung der sogenannten Krongüter an die Hohenzollern und verlangten die Konsolidation der Hohenzollernvermögen.

Die bürgerliche Mehrheit

der Landesversammlung hat die Bestrebungen der Unabhängigen Sozialdemokraten bekämpft, unterdrückt, niedergestimmt. Dabei arbeiteten rechtssozialistische Minister mit den bürgerlichen Parteien gegen die Unabhängigen Sozialdemokraten. Was Nooke im Reich, das waren Heine und Südekum in Preußen. Die bürgerlichen Parteien verweigerten den Männern und Frauen der Arbeit wohl begründete Rechte, stießen die breiten Massen immer tiefer ins Elend. Immer frecher erhebt die Reaktion ihr Haupt. Die bürgerlichen Parteien unterstützen die Orgeß und die anderen bewaffneten Organisationen der Gegenrevolution. Sie fordern Wiederherstellung der Monarchie und die Rückberufung der Hohenzollern. Dann ist der Weg frei zur Niederwerfung der Arbeiterklasse, zur Beseitigung des Achtstundentags und zur Einschränkung des Koalitionsrechts. Vom Ausgang der Landtagswahl erhoffen sie eine Förderung ihrer Zwecke.

Die Unabhängige Sozialdemokratie ruft Euch, Wähler und Wählerinnen, auf zur Landtagswahl am 20. Februar 1921. Durchkreuzt die Pläne der Reaktion! Verschafft dem revolutionären Sozialismus den gebührenden Einfluß in Preußen! Denkt an das Wort Sebels: Wenn wir Preußen haben, haben wir Alles! Die Unabhängige Sozialdemokratie ruft Euch auf zur Wahl der

Provinzial-Landtage und der Kreistage.

Die Provinzial-Landtage und Kreistage sind Verwaltungskörperschaften. Solange Ihr noch nicht die politische Macht erobert habt, müßt Ihr bestrebt sein, auf die Verwaltung in Preußen den denkbar größten Einfluß auszuüben. Wähler und Wählerinnen in Preußen! Die Unabhängige Sozialdemokratie erblickt im Kapitalismus ihren Todfeind. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur im schärfsten Kampf gegen den Kapitalismus errungen werden. Die Unabhängige Sozialdemokratie lehnt jede Bündnispolitik mit bürgerlichen Parteien ab.

Die Unabhängige Sozialdemokratie verwirft den Reformsozialismus. Die Rechtssozialisten leugnen die Tatsache, daß es in einem Klassenstaat keine wahre Demokratie geben kann. Hinter der vielgerühmten Demokratie im bürgerlichen Staat verbirgt sich die Diktatur der Kapitalisten. Die Diktatur der Kapitalisten kann nur überwunden werden durch die Diktatur des Proletariats. Die Diktatur des Proletariats ist eine historische Notwendigkeit für die Übergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus. Durch die Diktatur des Proletariats wird die wirkliche Demokratie in der sozialistischen Gesellschaft verwirklicht werden.

Die Unabhängige Sozialdemokratie lehnt die kommunistische

Taktik der sinnlosen Putzsch

ab. Die Kommunisten schädigen die deutsche Revolution durch verwerbliche Kampfmethoden, sie haben aus dem Klassenkampf der Arbeiter einen Bruderkrieg von Arbeitern gegen Arbeiter gemacht. Die bürgerlichen Reaktionäre werden zu Nutznießern dieser arbeiterschädlichen Kampfmethode und sehen ihre Hoffnungen darauf, daß die kommunistische Zerrümpelungspolitik die Arbeiterorganisation immer mehr zerschmettert.

Unbeirrt durch Schmähungen, Beschimpfungen und Verfolgungen, trägt die Unabhängige Sozialdemokratie den Männern und Frauen der Arbeit das Banner des Sozialismus in allen Kämpfen voran. Sie führt den Wahlkampf grundsätzlich im Sinne des revolutionären marxistischen Sozialismus. Sie ruft das Proletariat auf zum Kampf gegen die kapitalistische Verelendung und für die Eroberung der politischen Macht. In diesem Sinne arbeiten auch die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie in den Parlamenten, in diesem Sinne werden ihre Vertreter auch im neuen Preußischen Landtag, in den Provinzial-Landtagen und in den Kreistagen tätig sein.

Wähler und Wählerinnen in Preußen!

Hebt am 20. Februar 1921 Euer Wahlrecht aus. In Euren Reihen darf es keine Gleichgültigkeit, keine Wahlmüdigkeit geben! Wählt die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie! Dieser Wahltag muß zu einer Niederlage für die kapitalistische Reaktion, zu einem Sieg des Sozialismus werden!

Berlin, den 15. Januar 1921.

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie der Preussischen Landesversammlung
Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Koch, der Ordnungsmann

Die gute Arbeitsteilung

In der gestrigen Sitzung des Reichshaushaltsausschusses unternahm die Reichskommission zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung Genosse Breitscheid einen scharfen Vorstoß gegen den Minister Koch. Er behandelte unter anderem den vor kurzem bekannt gewordenen Erlaß vom 18. August 1920, in dem der Minister die Staatsanwaltschaft scharf macht, gegen die von radikaler Seite unternommene Propaganda für einen gewaltsamen Sturz der Verfassung vorzugehen. Der Redner erklärte, daß von einer Propaganda im strafrechtlichen Sinne nicht gesprochen werden könne, sondern daß es sich hier um theoretische Auseinandersetzungen handelt. Wenn tatsächlich Verstöße wider das Strafgesetzbuch vorgekommen wären, würde die Staatsanwaltschaft wahrscheinlich ohne weiteres eingeschritten sein. Der Umstand, daß man auch nach dem Erlaß des Ministers nichts von gerichtlichen Vorgehen vernommen habe, beweiße am besten, wie unbegründet seine Scharfmacherei sei. Es müsse hervorgehoben werden, daß ein entsprechendes Vorgehen gegen etwaige Umsturzgelüste von rechts nicht bekannt geworden ist. Der Minister des Innern wende sich wenigstens auch gegen die Drusch. Der Reichsminister beschränke seine Aufmerksamkeit auf die angeblichen Umtriebe der Linken.

In dieser Stelle machte Herr Koch den bezeichnenden Zwischenruf: „Das ist denn doch eine gute Arbeitsteilung!“ Genosse Breitscheid griff den Zwischenruf sofort auf und nagelte den Minister, der natürlich jetzt nichts gelagt haben wollte, auf dieses Eingeständnis seiner Einseitigkeit sofort fest.

Dann nahm unser Redner besonders zwei Verfügungen des Reichsministers vor, die ebenfalls den Geist in dem Reichsministerium vertreten. Die eine beschäftigt sich mit der Durchreise der französischen Bürgerin Sadoul, die auf der Fahrt von Rußland nach Frankreich Deutschland passierte. In ihr wird mitgeteilt, daß nach einer vom leitenden Sicherheitsdepartement empfangenen Nachricht Frau Sadoul eine bolschewistische Agentin sei und daß die deutsche Botschaft in Paris bereits verständigt worden sei. Genosse Breitscheid bezeichnete dieses Aktenschild als einen Beweis für das Vorhandensein eines internationalen Polizeidienstes. Welchen Zweck habe die Benachrichtigung des deutschen Botschafters in Paris, wenn nicht den, der französischen politischen Polizei Handlangerdienste zu leisten.

Man schreie Zeter und Mord über das Verhalten der Entente gegen Deutschland, sei aber gleichzeitig bereit, mit ihr gemeinsam die bolschewistische Gefahr zu bekämpfen.

Endlich zog unser Redner die berühmte Anordnung heran, nach der die Photographien und Personalien der Unterzeichner der Resolution des sogenannten rechten Flügels der Unabhängigen auf dem Parteitag zu Halle dem Reichskommissar eingereicht werden sollen. Er ironisierte das Bemühen, gerade diese Personen, die sich gegen Moskau ausgesprochen hätten, in das Verbrecheralbum des Reichskommissars zu bringen. Es befänden sich darunter eine große Anzahl von Reichstagsabgeordneten, die der Regierung ja ohnehin näher bekannt seien. Es scheint, daß der Reichskommissar Ueberfluth an Zeit und Ueberfluth an Geld habe, wenn er darauf aus sei, in dieser Weise sein Material zu vervollständigen.

Die Antwort, die der Minister Koch auf diese Angriffe erteilte, war von einer kläglichen Unzulänglichkeit. Mit dem ihm so wohl anstehenden Brustton verteidigte er sein Recht und seine Pflicht, den Staat gegen die Umsturzgelüste von links zu schützen, und er versicherte, daß er sein Augenmerk auch auf etwaige Bestrebungen von rechts her gerichtet halte. Geradezu aber waren seine Ausführungen über den Fall Sadoul und über die Photographien der Resolutionsunterzeichner. In der Angelegenheit Sadoul suchte er die Schuld dem Außenministerium zuzuschreiben. Nach seiner Auffassung habe man dem deutschen Botschafter in Paris nur mitgeteilt, daß Frau Sadoul unangekommen die deutsche Grenze passiert habe. Die Anforderung der Photographien wolle er nicht direkt rechtfertigen, aber man habe eben näheres Material über diejenigen Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei haben wollen, die nicht in die dritte Internationale eintraten. Auf der linken Seite erzielte Herr Koch, ebenso wie der nach ihm sprechende Reichskommissar Künze, nur einen Heiterkeitserfolg. Herr Künze sprach übrigens, was das Interesse an den Photographien angeht, von einer Eutrigelung, die ihm bei seiner Ueberhäufung mit Arbeit ergangen sei.

Während die beiden Regierungsvertreter also immerhin in gewisser Beziehung einen verhältnismäßig Rückgang antraten, hielt es der deutschvölksparteiliche Abgeordnete Dr. Marek für angebracht, das Vorgehen des Reichskommissars ausdrücklich für berechtigt zu erklären. Dieser Herr findet nicht das geringste dabei, daß man auch Mitglieder des Reichstages unter besonders polizeiliche Ueberwachung stellt und ihre Bilder in einem Verbrecheralbum vereinigt.

Genosse Breitscheid verspottete weiblich die jämmerlichen Ausreden des Ministers und des Reichskommissars. Wenn er gewußt habe, daß der Erlaß bezüglich der Frau Sadoul auf eine Salanterie der deutschen Regierung zurückzuführen sei, so würde er natürlich von dem Angriff gegen Herrn Koch abgesehen haben. Auf keinem Fall aber könne Herr Koch stolz auf seine Verteidigung sein. Er habe außerdem bewiesen, daß er nicht einmal den Namen des Generals Bismarck kenne, der sich als Führer einer internationalen royalistischen Verschwörerbande in Berlin aufhalte. Schon daraus gehe hervor, wie wenig Interesse er für Umsturzversuche der Reaktionskräfte hege. Man solle sich des weiteren einmal vorstellen, daß in einem anderen Lande Parlamentsmitglieder wegen Unterzeichnung einer Resolution, die nichts strafwürdiges enthalte, in ähnlicher Weise wie in Deutschland von einem Ministerium der Aufmerksamkeit gewürdigt werden. In jedem Parlament der Welt würde man sich ohne Unterschied der Partei entzweit gegen ein solches Verfahren wenden, in Deutschland aber gebe es Leute wie Dr. Marek, die nicht nur kein Wort der Kritik fänden, sondern solche Maßnahmen noch ausdrücklich priesen.

Die Resolution der Unabhängigen, in dem nächsten Etat Ausgaben für einen Reichskommissar zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung nicht mehr einzusetzen, wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt, wobei bemerkt sein mag, daß bei dem Hauptteil der Besprechung kein kommunistischer Vertreter im Ausschuss anwesend war. Erst am Nachmittag, als die Debatte bereits ausklang, erschien ein Mitglied der kommunistischen Fraktion, der sich wenigstens an der Abstimmung beteiligte.

Schlieflich und endlich hat also Herr Koch wieder einmal gestiegt. Er wird aber wohl einseitig genug sein, diesen Erfolg nicht seinen Argumenten zuzuschreiben, sondern der Tatsache, daß die Mehrheit des Reichstages einschließlich der Rechtssozialisten nun einmal, sollte es, was es wolle, darauf besteht, daß die öffentliche Ordnung im Sinne der Reaktion von einem besonderen Reichskommissar aufrechterhalten wird.

Vorher hatte sich bei der Erörterung des Etats für die Ueberwachung des Auswanderungswesens Genosse Wurm über die Ein- und Durchwanderung der Ostjuden

verbreitet. Genosse Wurm erwiderte Beschwerde über den preussischen Erlaß vom 17. November 1920, der den Ein- und Durchwanderern, die zu 80 bis 90 Prozent polnische Militärlüchtlinge sind, die Durchwanderung durch Deutschland zwecks Auswanderung nach Amerika außerordentlich erschwert. Der größte Teil dieser Durchwanderer erhält nach drei bis vier Monaten Geld und Paß nach Amerika. In der Wartepause wurden sie bis jetzt durch das jüdische Fürsorgeamt in Arbeit gebracht, ohne daß irgend eine Arbeiterorganisation dagegen Einspruch erhob. Der preussische Erlaß vom 17. November 1920 macht das zukünftig unmöglich. Nach seinem Wortlaut werden alle Kriminellen, alle Verdächtigen, alle Arbeitslosen in Konzentrationslager gesperrt. Damit hört jede Möglichkeit, Arbeit zu finden auf und als „verdächtig“ kann jeder angesehen werden.

Die Reichsbehörde sollte Konzentrationslager bereit stellen. Einstweilen ist eines bei Darburg in Aussicht genommen, das bis jetzt mit 2000 Rotgardisten belegt war, aber nur Platz für 1000 Menschen hat und außerdem typhusverseucht ist, also vorerst nicht bezogen werden kann.

Arbeiter dieses Erlasses ist in Wahrheit Herr Reichsminister Koch, der auch hier wieder in überster Weise Klassenpolitik betreibt. Herr Wurm verteidigte sich zu der fälschlichen Behauptung, die Wohnungsnot in Berlin sei durch die zuwandernden Ostjuden verschuldet und weiter, selbst jüdische Volkstriebe empfänden die östliche Einwanderung sehr peinlich. Herr Koch von den Rechtssozialdemokraten fand es richtig, Herrn Wurm zu Hilfe zu kommen durch Anerkennung schwerer Mißstände bei der Einwanderung. Beweise für die Richtigkeit dieser Auffassung erbrachte er allerdings nicht.

Die Antwort auf die Frage, warum er sich bis jetzt noch nicht direkt über die Lage der durchwandernden Ostjuden unterrichtet habe, blieb Herr Koch schuldig, doch kann er das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, arbeiterfreundlicher zu sein als alle Arbeiterorganisationen, was ihn allerdings nicht hinderte zu erklären, daß er seine bisherige — arbeiterfeindliche — Politik absolut nicht zu ändern gedenke.

Die Eisenbahnerbewegung

Aufruf des Sechzehnerausschusses

Der Sechzehnerausschuh erläßt im Einverständnis mit den hinter ihm stehenden Verbänden folgenden Aufruf: Nach langwierigen Verhandlungen, die am 14. Januar in der Reichshausung ihren Abschluß fanden, wurde das in der Presse veröffentlichte Ergebnis erzielt. („Freiheit“, Sonnabend Abendausgabe.)

Das Resultat ist zustande gekommen unter Mitwirkung von Vertretern der großen deutschen Epochenorganisationen und nach vollständiger Erschöpfung des Verhandlungsweges.

Die Vorkände der Eisenbahnerverbände werden jetzt auf dem schnellsten Wege zu dem Ergebnis Stellung nehmen. Die Vertreter der Epochenorganisationen haben den Sechzehnerausschuh ersucht, trotz der in verschiedener Beziehung nicht zufriedenstellenden Abklärung keine Bedenken zurückzustellen und das Ergebnis zur Annahme zu empfehlen.

Sobald die Stellungnahme der verantwortlichen Organisationsinstanzen vorliegt, wird diese mit einer eingehenden Darstellung des gesamten Sachverhalts den Mitgliedern unterbreitet werden. Die im Sechzehnerausschuh zusammengeschlossenen Verbände ersuchen ihre Mitglieder, diese Stellungnahme der verantwortlichen Verbände abzuwarten und sich durch keinerlei von unverantwortlicher Seite kommende Beeinflussungen zu Teilschicks und dergleichen hinreißen zu lassen. Die Vertreter der Eisenbahnerorganisationen müssen die große Verantwortung für derartige Aktionen ablehnen und ersuchen die Mitglieder ihrer Verbände dringend, die Schlagkraft ihrer Organisationen nicht zu gefährden.

Die Meldung, daß die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner ihre Vertreter aus dem Sechzehnerausschuh zurückgezogen habe, ist dahin richtig zu stellen, daß diese in den Personen ihrer drei Vertreter auf Wunsch derselben einen Wechsel vollzogen hat. Sie hat sich also nicht von den Verhandlungen selber zurückgezogen, sondern ihre bisherigen Vertreter haben sich durch die ersten Abmachungen mit der Regierung gebunden gefühlt und wollten ihrer Gewerkschaft freie Hand lassen.

Dem Verdienst seine Krone

Im neuen Deutschland pflegt man die Beamten oder Offiziere, die öffentlichen Anstöße erregen, dadurch auszuzeichnen, daß man sie eine Stufe höher klettert läßt. Besonders im Reichswehrministerium ist das eine beliebte und häufig angewandte Methode. Wir erinnern nur an die kürzlich erfolgte Beförderung der Herren Lohberg und Schöler vom Wehrkreiskommando Kassel, die beim Kapp-Putsch sich offen der neuen Regierung zur Verfügung stellten.

Nicht weniger dankbar erweist sich die deutsche Republik jenen Leuten, die in nationaler Bitterkeit das ohnehin nicht gerade rosiges Verhältnis Deutschlands zur Entente immer wieder erschüttern. So ist der Fregattenkapitän Heinecke, der Festungscommandant von Cuxhaven, der hervorragenden Anteil an den höchsten Annehmungen der Entente-Kommissionenmitglieder hatte, jetzt zum Kapitän zur See befördert worden. Es ist zwar nicht angegeben, ob diese Beförderung aus Anlaß der Cuxhavener Dedentat, die uns diplomatische Scherereien und ein erkleckliches Sümmchen Geld gekostet hat, erfolgt ist, aber nach der Praxis im Reichswehrministerium ist das wohl anzunehmen.

Wenn man allerdings bedenkt, daß hinter dem demokratischen Reichswehrminister Gehler der allmächtige Seede steht, so braucht man sich über solche Dinge nicht weiter zu wundern. Ein deutscher Demokrat wird immer vor den Militaristen kapitulieren.

Neue Greuel an russischen Gefangenen

Die fortgesetzten Verfolgungen russischer Gefangener in den deutschen Lagern beschäftigen schon seit langem die Öffentlichkeit, ohne daß man bisher von wirksamer Abhilfe gehört hätte. Am 31. Dezember richtete der Berliner Vertreter der Sowjet-Regierung, Viktor Kopp, an den Außenminister Simons eine Protestnote, die genaue Einzelheiten über Erschießungen russischer Gefangener enthielt. Wir forderten damals die Regierung auf, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um diesen unmöglichen Zuständen ein Ende zu setzen und die Schuldigen der verdienten Strafe zuzuführen. Es ist aber von seiten der Regierung nicht nur nichts erfolgt, es finden vielmehr fast täglich neue Missethaten an russischen Rotarmisten statt, die anscheinend nach einem bestimmten System vorgenommen werden.

Wie die „Kote Johne“ berichtet, wurde im Lager Patsim am 6. Januar ein Gefangener bei einem „Fluchtversuch“ so schwer verwundet, daß ihm beide Beine amputiert werden mußten. Ein anderer wurde bei seiner Rückkehr nach einer unerlaubten Entfernung aus dem Lager ebenfalls schwer verwundet. Prügelstrafen seien noch immer an der Tagesordnung. Einen im Lager niedergeschlagenen russischen Soldaten hat man wie einen Hund verreden und zwei Tage liegen lassen, obwohl er, wie

die ärztliche Untersuchung der Leiche ergab, hätte am Leben erhalten bleiben können. Im Lager Havelberg seien infolge der grausamen Behandlung und völlig ungenügender Ernährung 4000 Internierte in den Hungerstreich getreten.

Auch diese Meldungen sind so detailliert, daß sie eine sofortige Stellungnahme der Regierung erfordern. Wir erheben nochmals die Forderung, daß die Regierung schleunigst energische Maßnahmen zum Schutz der russischen Gefangenen ergreife und die Bestrafung aller in Betracht kommenden Schuldigen veranlasse.

bleibt die Regierung auch weiter untätig, so bleibt kein anderer Schluß übrig, als daß sie die systematische Mißhandlung und Terrorisierung der russischen Gefangenen bewußt duldet, um die Pläne jener militärischen Scharfmacher zu fördern, die die Unterstellung der russischen Gefangenen unter die Kontrolle des Reichswehrministeriums anstreben.

Eine sanfte Mahnung

Die Rechtssozialisten sind durch die Wahlen in eine böse Zwidmühle geraten. Einerseits suchen sie, wie die programmatische Rede Otto Brauns in Königsberg gezeigt hat, aus der Wahlagitation alles auszuschalten, was — wie z. B. die Sozialisierungsfrage — den Unwillen der bürgerlichen Koalitionsparteien erregen könnte. Andererseits sind sie genötigt, der Massenstimmung Rechnung zu tragen und einen schärferen oppositionellen Ton gegen die Regierung anzuschlagen. Das behagt den bürgerlichen Parteien natürlich ganz und gar nicht. Das Berliner Zentrumsorgan „Germania“ liebt deshalb den Rechtssozialisten gründlich den Text und warnt sie, in einen Wettlauf mit den Unabhängigen und Kommunisten um die Gunst der Massen einzutreten.

Recht interessant sind die Argumente, die das Zentrumsorgan vorbringt. Einerseits sucht es die Rechtssozialisten mit dem Hinweis graulich zu machen, daß die Radikalisierung des öffentlichen Lebens schließlich doch nur den Kommunisten zugute kommen würde. Andererseits droht es mit der bürgerlichen Einheitsfront und dem Bürgerkrieg:

„Die Verbindung oder auch nur das gelegentliche Zusammengehen mit den grundsätzlichen Verfeindern des Terrors und der Diktatur einer Klasse müßte alle anderen Parteien automatisch zum Zusammenbruch drängen, und es käme dann die bürgerliche Einheitsfront. Diese schroffe Kampfstellung muß zur Verschärfung der Gegensätze führen. Die Kämpfe, die dann unter der Parole: „Die Sozialdemokratie, die Bürgerkrieg“ ausgetragen werden, würden an Heftigkeit alles übertreffen, unser Volk in zwei, einander bis aufs Messer bekämpfende Teile spalten und den Bürgerkrieg heraufbeschwören. Eine solche Belastungsprobe kann Deutschland nicht mehr aushalten. Will es die Sozialdemokratie dahin mit Gewalt bringen? Wenn nicht, dann mag sie sich der Verantwortung wieder bewußt werden und mit den anderen Parteien vernünftige Politik mit erreichbaren Zielen treiben.“

Wertvoll ist hier das Eingeständnis, daß Kämpfe unter der Parole „Die Sozialdemokratie, die Bürgerkrieg“ den Bürgerkrieg heraufbeschwören würden. Das bedeutet, daß das führende Zentrumsorgan schon jetzt einer einheitslichen Klassenpolitik des Proletariats den Kampf bis aufs Messer androht, nicht etwa weil ihm die „Demokratie“ bedroht erscheint, sondern weil es der großen Mehrheit des Volkes den Willen einer Minderheit, den Willen des antidemokratischen Bürgertums aufzwingen will. Die Rechtssozialisten sind diesem Bürgertum willkommen, solange sie als Verbündete mithelfen, die Massen über diese fundamentale Tatsache hinwegzutäuschen. Sobald sie aber — einerlei aus welchen Gründen — den bescheidensten Versuch machen, sich in eine Front mit ihren Klassengenossen zu stellen, um dem Bürgertum Opposition zu machen, steht dieses den Bürgerkrieg auf die Tagesordnung.

Wir müssen es den Rechtssozialisten überlassen, welchen Ausweg sie aus der bösen Zwidmühle, in die sie geraten sind, finden. Die arbeitenden Massen werden jedenfalls aus der gekennzeichneten Sachlage bei den Wahlen die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

Gegen erhöhte Kohlenlieferungen

Der fast 500 000 Mitglieder zählende Verband der Bergarbeiter Deutschlands hat einstimmig folgende Entschliessung angenommen:

Die am 13. Januar 1921 in Berlin tagende Konferenz des Gesamtvorstandes und der Bezirksvereinigungen des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands macht die der Bergarbeiter internationalen angehörenden Bergarbeiterverbände in Frankreich, Belgien und Großbritannien, sowie die Leiter der Allgemeinen Gewerkschaftsinternationale (Amsterdam) dringend darauf aufmerksam, daß nach dem Ablauf des Abkommens von Spaan über die Kohlenlieferungen Deutschlands von uns eine noch höhere Lieferung gefordert wird, und daß außerdem die 5 Goldmarkprämie nicht mehr gezahlt werden soll. Dagegen müssen wir entsprechende Proteste erheben. Der Kohlenmangel in Deutschland ist jetzt weit größer als in den anderen großen Industrieländern. Die Erfüllung des Spaan-Abkommens ist nur möglich gewesen durch eine ausgedehnte Ueberwachungsarbeit der deutschen Bergarbeiter. Diese arbeiten heute mehr Stunden wöchentlich, als nach dem Beschluß der internationalen Arbeitskonferenz in Washington zulässig ist. Der gefährdete Gesundheitszustand der Bergarbeiter verlangt gebieterisch einen Abbau der Ueberwachungsarbeit, während von uns noch höhere Kohlenlieferungen gefordert werden. Der Fortfall der 5 Goldmarkprämie, mit der eine Verbesserung der Ernährung der Bergarbeiter bezahlt wird, würde ihren Ernährungszustand derart verschlechtern, daß ein unabsehbarer Rückgang der Leistungsfähigkeit einträte. Ohnehin müssen wir die Spaan-Kohlen zu Preisen liefern, die tief unter den Weltmarktpreisen liegen. Dadurch entstanden der deutschen Volkswirtschaft schon Milliardenverluste. Wir bitten die Kameraden in den Bergarbeiter- und in der großen Gewerkschaftsinternationale, uns energisch zu unterstützen in unserem Bemühen, zu einem Kohlenabkommen zu kommen, das die deutsche Bergarbeiter nicht noch härter belastet, sondern in humaner Weise entlastet und der deutschen Volkswirtschaft die Lebensmöglichkeit gibt.

Streichung der Steuerreste. Unsere Genossen in der preussischen Landesversammlung erhoben dort die Forderung auf Streichung der Steuerreste aus dem Jahre 1920 für die Monate April, Mai, Juni, und zwar für alle Jeniten, die vorwiegend von ihrem Arbeitseinkommen leben müssen. Der Reichstag muß sich in aller Kürze mit derselben Frage beschäftigen. Dem Arbeiter sollen die Arbeiter und Beamten die in vielen Fällen 500 bis 1000 M. und mehr betragenden Beträge für die Steuerreste nehmen?

Blutiger Zusammenstoß mit der Schutzpolizei

Ruhiger Verlauf der Demonstration

Und wiederum ist in den Straßen von Berlin Blut geflossen! Die Demonstration, die das Andenken der großen Kämpfer des Proletariats friedlich ehren wollte und nur Rechenschaft dafür forderte, daß ihre Ermordung noch immer ungeführt bleibt, ist der Ausgangspunkt zu einem neuen blutigen Zusammenstoß zwischen einem kleinen Teil der Demonstranten und der Schutzpolizei geworden.

Die Demonstration der Kommunisten ist, wie auch der Polizeipräsident Richter in der witenstehend wiedergegebenen Auslassung anerkennt, durchaus ruhig verlaufen. Die Ordner haben das lebhafteste Bemühen gezeigt, auch für einen regelmäßigen Abmarsch der Menge Sorge zu tragen, um jeden Zusammenstoß mit der Polizei zu vermeiden. Sie haben ausdrücklich aufgefordert, sich sogleich nach Schluß der Feier zu zerstreuen und keine Demonstrationen zu veranstalten. Trotzdem hat der Zusammenstoß sich ereignet.

Ueber die Ursachen gehen die Darstellungen auseinander. Auch die Angaben über die Zahl der Demonstranten, die einen geschlossenen Abmarsch durch die Bannmeile versuchten, schwanken. Es scheint aber durchaus festzustehen, daß es sich nur um einen sehr kleinen Teil der Demonstranten gehandelt hat. Ein Augenzeuge beschriftet im „8 Uhr-Abendblatt“ die Stärke dieses Zuges auf etwa 250 Mann. Auch der Polizeipräsident Richter spricht nur von „einigen Hundert Personen“. Ebenso die Meldung einer Lokalcorrespondenz. Damit stimmen auch die Angaben überein, die uns von Augenzeugen erstattet worden sind. Der amtliche Bericht aber spricht von einem „starken Demonstrationenzug“ und eine andere Volksmeldung vertritt sogar die Behauptung, daß sich am Zeughaus 6000 Mann zu einem Zuge formiert hätten, während dieselbe Meldung behauptet, daß an der ganzen Demonstration nur etwa 8000 Personen teilgenommen haben. Die Unwahrscheinlichkeit, daß drei Viertel aller Teilnehmer nach der einen Richtung hin und noch dazu nach dem Westen abmarschiert seien, ist denn auch zu offensichtlich, als daß sie irgendwelche Glaubwürdigkeit beanspruchen dürfte.

Der amtliche Bericht behauptet, daß der Zug, als er die Charlottenstraße und damit die Bannmeile erreicht hatte, von dem befehligenden Beamten der Schutzpolizei aufgefordert worden sei, sich aufzulösen oder abzuliegen. Die Teilnehmer des Zuges aber seien über den Beamten hergefallen und hätten ihn von den übrigen getrennt. Mit dieser Darstellung, die die Bedrohung des Führers des Kommandos der Schutzpolizei an dieser Stelle als den Ausgangspunkt der traurigen Vorfälle bezeichnet, stehen aber die übrigen Darstellungen im Widerspruch, die davon nichts zu berichten wissen. Sie sehen die Ursache des Zusammenstoßes in dem immer weiteren geschlossenen Vordringen der Demonstranten in die Bannmeile bis zur Wilhelmstraße und dem Pariser Platz.

Wie dem aber auch sei, es bleibt der Eindruck, daß ein verhältnismäßig geringer und ungefährlicher Zug von Personen genügt hat, die mit Schusswaffen ausgerüsteten Sicherheitsbeamten nervös zu machen und zum Schießen zu veranlassen. Wir haben immer die Anschauung vertreten, daß das Gesetz über die Bannmeile eine völlig überflüssige Einrichtung sei. Trifft das im allgemeinen zu, so im besonderen für die gestrige Demonstration, die in einem Augenblick stattfand, wo der Reichstag, also das zu schützende Objekt, überhaupt nicht versammelt war.

Davon bleibt freilich die Tatsache unberührt, daß den Sicherheitsbeamten die Pflicht oblag, das Gesetz, das nun einmal besteht, anzuwenden und daß die Demonstranten — angeblich Anhänger der K. A. P. D. — auf eigene Faust, entgegen den Anweisungen der Veranstalter, sich über diese Bestimmungen hinwegzusetzen suchten und einen Zug formierten, durch den die Gefahr eines Konfliktes entstehen konnte. Nach den bis jetzt vorliegenden Darstellungen aber müssen wir die Überzeugung gewinnen, daß die Schutzpolizei in ihrem übertriebenen Eifer, die Ordnung aufrechtzuerhalten, sich zu einem durch nichts zu rechtfertigenden Vorgehen veranlaßt gesehen hatte. Sie hat offenbar übereifrig gegen eine Zahl von Menschen, die unter keinen Umständen die Ordnung ernsthaft gefährden konnte, Waffengewalt angewendet und damit eine schwere Blutschuld auf sich geladen.

Die weitere Untersuchung wird hoffentlich feststellen, wer den Befehl zu dem Blutergießen gegeben hat. Schon jetzt aber möchten wir hervorheben, daß die Hauptschuld bei denen liegt, die die Schutzpolizei mit Schusswaffen ausgerüstet haben. Gebt einem Ordnungshüter eine Schusswaffe in die Hand und er wird bei dem geringsten Anlaß geneigt sein, von ihr Gebrauch zu machen. Es müssen andere Mittel gefunden werden, das wirklich notwendige Maß von Ordnung aufrechtzuerhalten und es ist unter allen Umständen dafür Sorge zu tragen, daß nicht irgendein nervöser Befehlshaber über Leben und Gesundheit hundertloser Demonstranten verfügen kann.

Der Konflikt bei Poewe

Nochmaliges Anrufen des Schlichtungsausschusses

Gestern vormittag beschästigten sich Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission, des Ortsrats der Ufa, der freigeberischen Betriebsrätezentrale und der Berliner Ortsverwaltung des D. M. B. mit dem Antrag der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes. Es wurde beschlossen, für nachmittags 2 Uhr eine Vorstandskonferenz der Berliner Gewerkschaften zusammenzubringen. Um 6 Uhr sollte diese Körperschaft gemeinsam mit den örtlichen und zentralen Vertretern der drei politischen Parteien beraten.

Die Vorstandskonferenz befaßte sich eingehend mit dem Vergleichsvorschlag des Schlichtungsausschusses. Die Konferenz war einmütig der Ansicht, daß der Vergleichsvorschlag für die Arbeiterschaft unannehmbar sei. Gemeinsam mit den Vertretern der politischen Parteien sollte beraten werden, welche Haltung einzunehmen sei.

Zu Beginn dieser Verhandlungen wurde den Vertretern der politischen Parteien von dem Sprecher der Gewerkschaftsvorstände mitgeteilt, daß die Frage grundsätzlich zu entscheiden sei, ob die Differenzen bei Poewe wirtschaftlicher oder politischer Natur sein sollten. Falls die Parteien den Standpunkt einnehmen, daß politische Aktionen zu unternehmen seien, so müßten sie die bindende Erklärung abgeben, ob sie gewillt und in der Lage sind, diese erfolgreich durchzuführen. Geschehe das

Der amtliche Bericht

Amlich wird über die Zusammenstöße folgender Bericht ausgegeben: Im Anschluß an die heutigen Kundgebungen im Lustgarten zum Gedächtnis von Dieckmann und Rosa Luxemburg bewegte sich auf die Aufforderung eines Redners, den Bannkreis zu durchbrechen, ein großer Demonstrationenzug vom Lustgarten über die Linden in Richtung des Brandenburger Tor. Teile der Demonstranten eilten auf den Bürgersteigen einzeln dem Zuge voraus und konnten so an der Charlottenstraße passieren. Als der Zug sich dieser Sperrlinie näherte, wurde er von dem befehligenden Beamten der Schutzpolizei aufgefordert, sich aufzulösen oder abzuliegen. Statt dessen fielen die Teilnehmer des Zuges aber den Beamten her und trennten ihn von den übrigen Beamten. In diesem Augenblick brachen die einzelnen durchgelassenen Demonstranten sich um und fielen geschlossen den Beamten in den Rücken, gegen die von vorn der Zug andrängte; von zwei Seiten eingeleitet, konnten die schwachen Postierungen der Menge nicht mehr aushalten. Der Zug konnte auf diese Weise in den Bannkreis bis in Höhe der Wilhelmstraße gelangen. Als er weiter machte, auch die dortige Polizeistreife zu überrennen, wurde von der Schutzpolizei mit dem Erfolge Gebrauch gemacht, daß der Zug sich sofort auflöste.

Auf Postkraftwagen eingetrossene Verstärkungen räumten darauf sofort, ohne weiteren Widerstand zu finden, die Linden und den Pariser Platz. Ob Personen durch die Schüsse verletzt worden sind, konnte noch nicht festgestellt werden. Jedemfalls aber können etwaige Verletzungen nicht zahlreich sein, da nur wenige Schüsse abgegeben wurden. Dem ganzen Vorfalle eine besondere Bedeutung beizumessen, liegt kein Anlaß vor. Der Polizeipräsident hat eine genaue Untersuchung sofort angeordnet.

Polizeipräsident Richter über die Zusammenstöße

Einem Mitarbeiter der P. A. N. machte der Polizeipräsident Richter folgende Angaben über die Demonstration und den sich anschließenden Zwischenfall unter den Linden:

Der Abmarsch der Züge vollzog sich, wie ich zum Teil selbst beobachten konnte, und wie mir später bestätigt wurde, in völliger Ordnung. Auch die Demonstration selbst nahm einen absolut ruhigen Verlauf. Als ich um 2 1/2 Uhr den Lustgarten passierte, befand sich ein Teil der Demonstranten bereits wieder auf dem Heimwege. Ich selbst sah, wie sich einige Ordner sichtbar Mühe gaben, den Abmarsch der Demonstranten nach den Linden zu vermeiden. Ein Teil der Demonstranten lehnte sich jedoch nicht an die Ordner an, sondern marschierte nach der Richtung Brandenburger Tor. Meinen Anordnungen gemäß waren der Lustgarten und die unmittelbaren Zugänge völlig frei von Polizei. Die Posten, die an der Ecke Charlottenstr.-Linden zur Sicherung des Bannkreises aufgestellt waren, wurden von der Menge umringt und die Demonstranten gelangten in Stärke von einigen hundert Personen in regellosem Zuge in den Bannkreis. Vor Eintreffen der Verstärkung hat die Brandenburger Tor-Wache durch einige Schüsse die Demonstranten aufgehalten.

Eine besondere Untersuchung dieses Vorfalles habe ich angeordnet. Wenn auch diesen unliebsamen Vorgängen eine besondere Bedeutung nicht beigemessen ist, so steht jedenfalls fest, daß die Nichtbefolgung des Gesetzes über den Bannkreis deren Veranlassung gewesen sind, und daß die Schuld daran jenen zur Last fällt, die trotz meiner wiederholten Mahnungen ihrerseits die Menge an Verletzungen des Bannkreises nicht haben verhindern können oder wollen. Hoffentlich wird der besonnene Teil der Arbeiterschaft es in Zukunft zu verhindern wissen, daß unverantwortliche Elemente ähnliche Gesetzesverletzungen provozieren.

Der Verlauf der Demonstration

Die von der K. A. P. D. veranstaltete Demonstration im Lustgarten sollte um 2 Uhr beginnen. Die Anhänger der K. A. P. D. hatten aber bereits lange vor der festgesetzten Zeit die Museums-Treppentreppe besetzt. Sie warteten auch den offiziellen Beginn der Veranstaltung nicht ab, sondern sprachen bereits früher zu der Masse, so daß die Kommunistenführer Däumig, Hoffmann, Hedert, Geyer und Piesch große Mühe hatten, sich gegenüber den K. A. P. D.-Rednern durchzusetzen. Die Redner beschränkten sich auf kurze Ansprachen, in denen sie der ermordeten Führer des Proletariats gedachten, deren Mörder heute ungestraft herumlaufen. Nach einem Hoch auf die Weltrevolution formierte sich die Menge zu einigen Zügen und marschierte singend in die verschiedenen Stadtteile ab.

Eine Kranzdeputation legte am Grabe der vor zwei Jahren Ermordeten große Kränze nieder.

Die Zahl der Verletzten

Wie uns von einem Samariter mitgeteilt wird, haben fünf Personen Schutzverletzungen erlitten. Eine Frau hat einen Brustschuß erhalten, zwei Männer Querschläger am Unterschenkel, ein Mann einen Steckschuh im Oberschenkel, ein anderer einen Streifschuß am Oberschenkel.

nicht, dann hätten die Gewerkschaftsvorstände zu entscheiden, welche gewerkschaftlichen Schritte zu unternehmen seien. Nach mehrstündigen Verhandlungen, über die wir noch berichten werden, in der die Vertreter der Parteien in ausgiebiger Weise ihren Standpunkt klarlegten, wurde festgestellt, daß wegen der unzuverlässigen Haltung der Kommunisten eine gemeinsame Aktion der drei Parteien nicht in Frage komme.

Nachdem sich die Vertreter der politischen Parteien einverstanden hatten, besprachen die Gewerkschaftsvorstände nochmals kurz die Situation. Sie stellten sich auf den Standpunkt, daß versucht werden muß, durch nochmaliges Anrufen des Schlichtungsausschusses einen Spruch, der für die Arbeiterschaft annehmbar ist, herauszubekommen. Darüber hinaus wurde beschlossen, sofort eine Versammlung der Betriebsräte und der Obleute der Betriebsräte einzuberufen, die gemeinsam mit den Mitgliedern der Berliner Gewerkschaftskommission die gegenwärtige Lage beraten sollen.

Ufa kontra Werkmeisterverband

In dem Meinungsstreit zwischen dem Ufa und dem ihm bisher angeschlossenen Deutschen Werkmeisterverband ist eine Verschärfung eingetreten. Der Werkmeisterverband hat dem Ufa in einem Schreiben vom 15. Januar mitgeteilt, daß er die Teilnahme an einer vom 22. Januar zum Zwecke der Verständigung einberufenen Ufa-Bertragskonferenz ablehnen müsse,

und gleichzeitig die weitere Mitwirkung am Ufa-Bund einstellt. Die Ufa-Bertragskonferenz wird zu dieser Situation Stellung nehmen und darüber entscheiden müssen, ob sie den Anträgen der örtlichen Werkmeister-Direktionsvereine zustimmen kann, die bis zum Verbandstag des Werkmeisterverbandes in den Ortsstellen des Ufa-Bundes verbleiben wollen.

Diese Meldung beweist erneut, daß es der Leitung des Werkmeisterverbandes auf die unbedingte Trennung vom Ufa-Bund ankommt. Sie befindet sich aber damit im Gegensatz zu den Mitgliedern. Man wird abzuwarten haben, wie sich die Leitung des Werkmeisterverbandes vor der Mitgliedschaft über diese Politik verantworten wird.

Der oberschlesische Unruhkessel

Die deutschen Parteien in Oberschlesien an Le Rond

Die deutschen politischen Parteien in Oberschlesien haben der Interalliierten Kommission am 7. d. M. eine Eingabe überreicht, darin wird erinnert, daß die Kommission bei Übernahme der Regierungsgewalt am 11. Februar 1920 den Oberschleslern eine „neue Ära der Freiheit und Gerechtigkeit“ angekündigt und versprochen hat, alle Unruhmissetler rücksichtslos und gnadenlos zu verfolgen, wer sie auch seien und was für Unheil sie auch stiften mögen. In den fast 12 Monaten seit dieser feierlichen Proklamation der „neuen Ära der Freiheit und Gerechtigkeit“ habe aber die Unsicherheit in Oberschlesien einen bisher nie gekannten Umfang angenommen. Der friedlichen Bevölkerung wurden die Waffen genommen, das Banditentum aber lehre sich nicht an Verordnungen, sondern triumphierte über die friedliche Bevölkerung. Die Eingabe folgt im wesentlichen den tatsächlichen Angaben, die in der deutschen Note an die Völkervereinigung enthalten sind. Am Schluß erinnert die Eingabe die Interalliierte Kommission an ihre Pflicht, diesen Zuständen ein Ende zu machen. — Eine Abschrift der von der katholischen Volkspartei, der deutschen Demokratischen Partei, der sozialdemokratischen Partei und der Deutsch-Nationalen Partei unterschriebenen Eingabe ist auch der Völkervereinigung in Paris übermittelt worden.

Noch kein Kabinett in Frankreich

Peret verzichtet — Briand beauftragt

Paris, 15. Januar.

In einer von Havas veröffentlichten Note heißt es: Ueber die Gründe des bereits gemeldeten Verzichts des Kammerpräsidenten Peret, das Ministerium zu bilden, Peret habe heute vormittag seine Besprechungen fortgesetzt. Auf Grund dieser Unterredungen sei er zu dem Schluß gekommen, daß ein Kabinett, dem Männer wie Poincaré und Viviani ihre Mitarbeit nicht gewähren könnten, nicht mehr den Charakter der nationalen Einigung besitzen würde, den er ihm von Anfang an habe geben wollen, und daß einem solchen Kabinett die unentbehrliche Voraussetzung der Dauerhaftigkeit fehlen würde. Der Kammerpräsident sei der Ansicht, daß er gerade mit Rücksicht auf sein hohes Amt und auf die Einigkeit, die sich bei seiner Wahl am 11. Januar gezeigt habe, nicht das Präsidium eines Ministeriums übernehmen könne, dem infolge seiner Zusammensetzung diese doppelte Garantie fehle. Er habe daher den Präsidenten Millerand gebeten, die ihm erteilte Mission als beendet anzusehen.

Paris, 15. Januar.

Briand hat angenommen ein neues Kabinett zu bilden.

Die Ministerkrise in Frankreich dauert fort. Es ist dem Kammerpräsidenten Peret nicht gelungen ein Kabinett zu bilden. Der Versuch scheiterte an der Unmöglichkeit die Herren Briand und Poincaré unter einen Hut zu bringen. Peret wollte Briand als Außenminister und bot Poincaré das Finanzministerium oder ein anderes Ressort an. Der ehemalige Präsident der Republik aber wollte selbst Minister des Auswärtigen werden und als solcher die von ihm empfohlene energische Politik sowohl gegenüber Deutschland wie gegenüber England treiben. Da Peret sich aber auf Briand festgelegt hatte und dabei doch Bedenken trug, den besonders im Senat einflussreichen Poincaré ganz draußen zu lassen, konnte er seine Mission nicht erfüllen.

Nach der letzten Meldung ist nun Briand mit der Kabinettsbildung beauftragt worden. Ob ihm das Werk gelingt, ist abzuwarten. Jedenfalls wird er in noch höherem Maße als Peret mit dem Widerstand Poincarés zu rechnen haben.

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs

Erklärung der C. G. T.

Eine Abordnung der C. G. T. beschäftigt gegenwärtig unter Führung des Sekretärs Laurent die verwüsteten Gebiete. Sie traf gestern in Reims ein und erklärte, die C. G. T. wolle nach besten Kräften mitarbeiten, um so schnell wie möglich die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete zu ermöglichen.

Erklärung

Uns geht folgendes Schreiben zu: „In dem von mir gehaltenen Vortrag vor Studenten der Berliner Universität über meine Ergebnisse in Rußland sagte ich nicht, wie W. I. B. meldet, daß die deutsche Delegation zur 3. Internationalen oder irgend eines ihrer Mitglieder die Sowjet-Regierung auf mich aufmerksam gemacht oder in irgendeiner Weise meine Verhaftung verursacht hätte. Ich möchte das Gegenteil feststellen: Als ich verhaftet war, verurteilte die deutsche Delegation bei der Sowjet-Regierung alle Schritte zu meiner Freilassung. Ich danke ihr für alles, was sie zu meiner Befreiung getan hat und werde das auch in meinen Vorträgen in Amerika immer sagen.“

Keine Reichsgründungsfeier im besetzten Gebiet. Wie dem „Echo du Rhin“ berichtet wird, hat die Interalliierte Rheinlandkommission den Einpruch des Reichskommissars für die besetzten rheinischen Gebiete gegen das in der französischen Zone erlassene Verbot der Abhaltung jeder öffentlichen Gedenkfeier aus Anlaß des 50. Jahrestages der Reichsgründung am 18. Januar einstimmig verworfen. Sie hat überdies beschlossen, das Verbot auf das gesamte von den Alliierten besetzte Gebiet auszudehnen. Auch der amerikanische Oberbefehlshaber habe eine solche Entscheidung für die amerikanische Besatzungszone getroffen.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskaufdruck

5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Kollidung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an. Spez.: Zähne ohne Saumen. Keine Luxuspreise. Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.

A. Wertheim

Großer Inventur-Verkauf

Restbestände, besondere Gelegenheitsposten
große Mengen im Preise herabgesetzter Artikel

- Blusen in verschiedenen Ausführungen... 29⁰⁰
- Sportbluse feingestriift, Stoff offen und geschlossen zu tragen 59⁰⁰
- Sportbluse aus weißem Japon, offen und geschlossen zu tragen 98⁰⁰
- Mantelkleid marineblau, guter haltbarer Stoff 225⁰⁰
- Kleid aus reinwollenem Cheviot, jugendliche Form 290⁰⁰
- Mantelkleid marineblau, reine Wolle, offen u. geschloss. zu trag. 380⁰⁰
- Mantelkleid marineblau, reine Wolle, elegante Ausführung 490⁰⁰

Außerordentlich billig:
Damen-Mäntel
155⁰⁰ 195⁰⁰ 268⁰⁰

- Ein Posten Kostüme blau, lila, blau, mit Tresse garniert... 480⁰⁰
- Ein Posten Seiden-Mäntel imprägniert, verschiedene Farben... 490⁰⁰
- Ein Posten Unterröcke Wasch- und Winterstoffe... durchweg 49⁰⁰
- Ein Posten Morgenröcke warme Flauchstoffe... 89⁰⁰

- Kleiderstoff kariert, ca. 100 cm breit... 14⁷⁵
- Blusenflanell gestriift, ca. 80 cm breit... 16⁵⁰
- Blusenstoff gestriift, grau mit bunten Streifen... 19⁷⁵
- Siamosen für Schürzen u. Hauskleid., ca. 100 cm br., geatr. u. kar. 21⁵⁰
- Reinseid. Taffet schwarz... 35⁰⁰
- China-Krepp schwarz, ca. 100 cm breit... 71⁵⁰
- Paillette reinseiden, farbig, doppeltbreit... 72⁵⁰

Besonders billige Schuhwaren

Damenhalbschuhe 88⁰⁰ unsortiert, früher bis 300⁰⁰, jetzt
Damen-Stiefel 125⁰⁰ früher bis 280⁰⁰, jetzt
Herren-Stiefel 135⁰⁰ früher bis 385⁰⁰, jetzt

Unentbehrlich für jeden Haushalt ist **echter Hoost-Dreibohnenkaffee** M. Hoost, Berlin C 25, Prenzlauer Str. 46, Keibel-Str. 11, Alexander 1470

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
11 Uhr: Babala und Dieb
12 Uhr: Räuber von Heilbronn

Neues Volkstheater
11 Uhr: Kawa
12 Uhr: Brinn Schöller

Staatstheater
Opernhaus
7 Uhr: Ariadne auf Naxos
8 Uhr: Die Schatzkammer
9 Uhr: Die Schatzkammer

Leipzig-Theater
Direkt: Victor Barnasch
11 Uhr: Die Schatzkammer
12 Uhr: Die Schatzkammer

Königgräber Str.
11 Uhr: Salome
12 Uhr: Salome

Komödienhaus
11 Uhr: Die Schatzkammer
12 Uhr: Die Schatzkammer

Berliner Theater
11 Uhr: Die Schatzkammer
12 Uhr: Die Schatzkammer

Die spanische Nachtigall
Operette von Leo Fall
mit Fritz Maffay

Th. am Hollendorfsplatz
11 Uhr: Die Schatzkammer
12 Uhr: Die Schatzkammer

Rose-Theater
11 Uhr: Die Schatzkammer
12 Uhr: Die Schatzkammer

Johannisfeuer
11 Uhr: Die Schatzkammer
12 Uhr: Die Schatzkammer

Zielka
11 Uhr: Die Schatzkammer
12 Uhr: Die Schatzkammer

Margaretenaal
11 Uhr: Die Schatzkammer
12 Uhr: Die Schatzkammer

APOLLO
11 Uhr: Die Schatzkammer
12 Uhr: Die Schatzkammer

Theater am Kolonnenplatz
11 Uhr: Die Schatzkammer
12 Uhr: Die Schatzkammer

Königstadt-Theater
Alexanderrstraße 21
11 Uhr: Die Schatzkammer
12 Uhr: Die Schatzkammer

Prachtstraße
Königstadt-Kasino
Holzmarktstraße 72
11 Uhr: Die Schatzkammer
12 Uhr: Die Schatzkammer

Gr. Ball
11 Uhr: Die Schatzkammer
12 Uhr: Die Schatzkammer

Residenz-Kasino
Nassauerstraße 10
11 Uhr: Die Schatzkammer
12 Uhr: Die Schatzkammer

Gr. Ball
11 Uhr: Die Schatzkammer
12 Uhr: Die Schatzkammer

Tivoli
Chausseestraße 25, am Steffiner Bahnhof
3000 Personen fassend
Größte Schau-Kombination Berlins
Zirkus, Vaudeville und Kabarett
Großer Boxkampf
zwischen dem Champion-Boxer Mr. Jonsson und
ERICH CAROW.
11 Uhr: Die Schatzkammer
12 Uhr: Die Schatzkammer

AUSSCHNEIDEN!
Sondervergünstigung für die Leser der „Reinheit“
Residenz-Theater
Sonntag, 16. Januar, 4 Uhr: Die Schatzkammer
Montag, 17. Jan., 4 Uhr: Die Schatzkammer
Dienstag, 18. Jan., 4 Uhr: Die Schatzkammer
Mittwoch, 19. Jan., 4 Uhr: Die Schatzkammer
Donnerstag, 20. Jan., 4 Uhr: Die Schatzkammer
Freitag, 21. Jan., 4 Uhr: Die Schatzkammer
Samstag, 22. Jan., 4 Uhr: Die Schatzkammer
Sonntag, 23. Jan., 4 Uhr: Die Schatzkammer

NEUE WELT
Arnold Scholz O. Hasenheide 108-114
Heute Sonntag, den 16. Januar 1921
Gr. bayr. Bierfest
Wunderbare Alpenbekehrung
Anfang 4 Uhr 3 Kapellen 30 bayr. Mads
Branzelgel Dienstag, den 18. Januar 1921
Prämierung
der pikantesten Damenfrisur

Sport-Palast
Das größte Kino der Welt
Potsdamer Str. 72 a. Neubaun Sülowitz
Uraufführung
Der Triumph des Todes
Schauspiel in 5 Akten mit Milde Wolter
Buffalo, der stärkste Mann der Welt
Sensationsfilm in 5 Akten

Kajanol-Hautcreme
normale, parfümiert, nicht fettend, macht die Haut zart und weiß. Eig. Porzellanboje 7,50 M., Tube 5 M.
In haben in Drogerien und Parfümerien, wo nicht, vom Hersteller:
BERL. OBERSCHNOWERWEIBE
Bermp. : Oberschnowerweide

Möbel
jedes Art, äußerst günstig, solange Vorrat zum Teil bis
50%
ermäßigt. Besuch lohnend, kein Kaufzwang. Lagerung kostenlos
Neugebauer
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 128
Ed. Schillerstr. 110
Rein Leben.

ZIGARREN
aus eigener Fabrik und anderen renommierten Fabriken vielfach billig.
ZIGARETTEN
deutsche und englische Marken billiger wie überall
Schlaraffia
Potsdamer Str. 25 b. Nützenstr. 1 und Neukölln, Bergstraße 32-33.
Raucher dank!
Das überle Misch, das Rauchen ganz ab. reizweise einzuhalten. Wirkung per Misch. Auskannst umsonst. Vert. Max. Artikel Gg. Exportbr. München R. 21, Kappelerstr. 9.

Münzen :: Briefmarken
kauft Großmann, Johannisstr. 4.
Zugang a. d. Friedrichstr. (Nr. 108) Norden 106 21

GALLENSTEINE
entfernt schmerzlos ohne Operation in kurzer Zeit
GURIG, DORTMUND, Winkelstr. 16
Sch. Peter a. Dr. med. Jerntrup-Ordinat.

Ausschneiden
10 Lichtbilder-Vorträge
nur für Damen über 18 Jahre
von Minna Kube
Frauenheilkundige
Direktorin des Frauenheil-Instituts, W. Potsdamer Str. 88
Montag, 17. Januar, 7 1/2 Uhr: „Neue Kathausfälle“, Schöneberg, Martin-Luther-Str. 69
Dienstag, 18. Januar, 7 1/2 Uhr: „Mag. u. Morig“, Kommandantenstraße 38-39
Mittwoch, 19. Januar, 7 1/2 Uhr: „Vergnügungspalast Groß-Berlin“, Hafenstraße 13-15
Donnerstag, 20. Januar, 7 1/2 Uhr: „Gewerkschaftshaus“, Engelallee 15
Freitag, 21. Januar, 7 1/2 Uhr: „Sophie-Gräfin“, Sophienstraße 17/18
Samstag, 22. Januar, 7 1/2 Uhr: „Gothaus“, Charlottenstr. 105
Sonntag, 23. Januar, 7 1/2 Uhr: „Nationaltheater“, Willemsstraße 37
Montag, 24. Jan., 7 1/2 Uhr: „Residenz-Theater“, Landwehrer Str. 21
Dienstag, 25. Januar, 7 1/2 Uhr: „Schiller-Saal“, Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 110
Freitag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr: „Alle Germanien-Druckerei“, Frankfurter Allee 313

I. Teil
Frauenleiden
Von den ersten Anfängen bis zu den schwersten Erkrankungen. Sichern nicht viele Operationen bei Frauenleiden durch rechtzeitige Bekämpfung und ärztliche Behandlung vermeiden werden? Welche Krankheiten wie: unregelmäßige, schmerzhafte und unrichtige Menstruationen, Entzündungen, Rötter, Senkungen, Rückungen, Verwachsungen. Die Krankheiten der Frauen in der Ehe. Die Krankheiten der Wechseljahre: Gedächtnis, Migräne, Blutungen, Krebs, Hysterie, Vermählungen.

II. Teil
Die 30 Schönheiten des Weibes
Die Pflege und Erhaltung wahrer Frauen Schönheiten. Sichern wirksamste Methoden werden angegeben und praktisch durchgeführt.
Was die Frauen häßlich macht??

III. Teil
Was ist der Frau erlaubt wenn sie liebt?
Liebe und Ehe
Das Glück der Liebe in der Ehe wie es gewonnen, gewahrt und erhalten wird
Wie Liebe und Ehe untergraben und zerstört werden Welche Charaktere stoßen sich in der Ehe ab? Welche Charaktere ziehen sich an?
Soll man den Schönsten heiraten?
Die Kunst, einen gesunden Mann zu bekommen. Warum bleiben so viele Mädchen allein?
Wie kann die Frau den Mann in der Ehe fesseln?

Karten zu 3,-, 4,-, 5,-, 6,- Mk. mit Steuer an der Abendkasse.
Anfang 7 1/2 Uhr
Koffeinlösung 1 Stunde vor Beginn

Erscheint nur einmal

Schafft gesunde Wohnungen!

Das Wohnungselend und seine Abhilfe

Unter den schlimmsten Mälen, welche das Proletariat, namentlich das großstädtische, bedrücken, gehört das Elend unzureichender Wohngelegenheit zweifellos mit zu den schlimmsten. Nicht nur das Wohlbefinden des Betroffenen wird dadurch erheblich gelitten und damit seine Arbeitskraft und Lebenslust beeinträchtigt, sein außerordentlich nachteiliger Einfluß wirkt sich auch auf das heranwachsende Geschlecht und die kommenden Generationen geltend. Die Schaffung guter und gesunder Wohnungen für alle Volksschichten ist daher für den Staat, der sich nicht selbst aufgeben will, eine besondere Pflicht. Die folgenden Ausführungen eines Bauarbeiters beleuchten die gegenwärtigen schlimmen Zustände in der Wohnungsfrage und weisen Wege, wie wirksame Abhilfe zu schaffen ist.

Die Herstellung von Wohnungen in der kapitalistischen Gesellschaft ist ein Geschäft, das betrieben wird, um Geld zu verdienen, nicht etwa aus dem Bedürfnis heraus, die Mitbürger mit Wohnungen zu versorgen. Wird an anderer Stelle mehr Geld verdient als im Wohnungsbau, so wandert das Kapital dorthin. Denn was schert die Besitzenden, ob tausende und abertausende Menschen zusammengepfercht wie Tiere hausen müssen, ob Gesundheit und Sittlichkeit dieser Menschen dabei verloren gehen. Sie selbst haben ja ihre Villen und großen Wohnungen, in denen man nichts von Not spürt.

Es ergibt sich hiernach, daß wir nur zwei gerade Wege haben, aus dem jetzigen Wohnungselend herauszukommen. Entweder wir wandeln den kapitalistischen Staat der Profitwirtschaft in einen sozialistischen Staat der Bedarfswirtschaft um, und es werden dann überall Wohnungen nach dem herrschenden Bedarf hergestellt, oder die Volksgenossen warten, bis der Wohnungsbau wieder profitabel wird, d. h. bis in der Wohnungsbauindustrie mindestens ebensoviel verdient wird wie in anderen Industriezweigen, in denen die Gelder der Kapitalisten jetzt arbeiten. Daneben gibt es freilich noch einen Ausweg, den man heute vielerorts zu beschreiten sucht. Einzelne Gemeinden nahmen ihrerseits den Wohnungsbau in die Hand und versuchten, durch musterhafte Wohnungsbauten der Not abzuhelfen, beschwerten sich dabei aber zugleich mit großen finanziellen Lasten. Andere Gemeinden stellten Baracken auf aus Holz oder Stein.

Eine Lösung der Wohnungsfrage ist aber auf diesem Mittelwege nicht zu erwarten; auch Gemeinden mit sozialistischen Mehrheiten werden versagen müssen, da sie in der Beschaffung ihrer Geldmittel an die Landes- und Reichsregierung gebunden sind. Die Körperschaften, welche diese maßgebenden Gesetze machen, sind in ihrer Mehrheit kapitalistisch, und machen Gesetze in ihrem Sinne. Das ist auch gar nicht anders zu erwarten, sie halten ihren Standpunkt für den richtigen, legen ihn durch und es geht ihnen gut dabei. Leider vertritt die Arbeiterschaft ihren, den sozialistischen Standpunkt, noch immer nicht mit der gleichen Energie und mit der gleichen Tatkraft.

Was ist nun zu tun? In Gemeinden mit sozialistischen Mehrheiten sind alle Möglichkeiten auszunutzen, um Wohnungen zu schaffen, einmal durch rücksichtslose Beschlagnahme und Teilung der großen Wohnungen, Kasernen und anderer Baulichkeiten, dann durch Neubauten seitens der Gemeinde. Da Wohnungen gegenwärtig nur mit Hilfe von Staatszuschüssen von den Gemeinden gebaut werden können, so sind diese Zuschüsse vom Reich oder Staat energisch zu fordern. Eine Republik, die 5000 Millionen für die Reichswehr jährlich übrig hat, muß Mittel übrig haben zum Wohnungsbau.

Aber auch die Wohnungssuchenden selbst rühren sich zu wenig. Sie stehen stundenlang vor den Wohnungsämtern, warten jahrelang auf eine Wohnung, lassen ihre Büt auch hin und wieder mal an Beamten der Wohnungsämter aus, aber in der Öffentlichkeit hört man recht wenig von einer Bewegung der Wohnungssuchenden. Es ist wichtig, den Wohnungssuchenden rechtzeitig den Weg zu weisen, den sie zu beschreiten haben, auch von Seiten des Magistrats sollte dies geschehen. Es ist ihnen zu sagen, daß auch ein sozialistischer Magistrat an kapitalistische Reichs- und „an-

desgehe gebunden ist. Die Öffentlichkeit muß mobil gemacht und entsprechende Forderungen müssen an die Staats- und Reichsregierung erhoben werden. Die leidenden Volksgenossen müssen aufgeklärt werden über die Ursachen des Elends.

Von der organisierten Deutschen Bauarbeiterschaft sind an die gesetzgebenden Körperschaften im Reich, Staat und den Gemeinden zur Beseitigung des Wohnungselends und für die Sozialisierung des Wohnungswesens folgende Forderungen aufgestellt worden:

1. Möglichste Erleichterung des verfügbaren Wohnraumes unter Mitwirkung der wohnungslosen Mieter.
2. Beseitigung des privatrechtlichen Wohnungsmonopols durch Überführung des Besitzrechtes der Mietshäuser in die gemeinschaftliche Hand von Heimstätten- und Heimstättenverbänden.
3. Stärkste Bekämpfung des Hausfluchwanders. Verbot des Abbruchs von Hausfluchwänden. Ausbau des Beschlagsamerrechtes an Postkästen aller Art.
4. Sozialisierung der Zement- und Kalkindustrie und weitestgehende Unterstützung der von der deutschen Bauarbeiterschaft eingeleiteten Sozialisierung der Baubetriebe.
5. Überführung des Besitzrechtes am Boden in die öffentliche Hand. Bekämpfung des Bauens mit der Grundbesitz inrentlosen Umbaus zur Hebung unrenter Gebrauchsmitteleinrichtungen.
6. Tarifmäßige Unterstützung der bestehenden gemeinnützigen Siedlungsvereinigungen mit Subventionen und Kapital zur Förderung von Heimstätten mit Gärten.
7. Sicherung und Erweiterung der bestehenden Subventionen und sonstigen Klimagesetze für ländliche Wohnungen.

Diese Forderungen müssen durchgesetzt werden, wenn wir aus dem Wohnungselend herauskommen wollen.

Eine weitere Frage ist nun: Wie soll gebaut werden? — Wenn man diese Frage stellt, so muß man sich vor Augen führen, was uns an den heutigen Wohnhäusern nicht gefällt und was an ihnen direkt gesundheitschädlich ist.

Ein Fehler der heutigen Mietskasernen ist, daß die Grundstücke aus Spekulationsgründen so sehr ausgenutzt wurden auf Kosten der gesundheitlichen Anforderungen an die Wohnungen. Es entstanden so die Mietskasernen mit Wohnungen, in welche selbst im Hochsommer kein Sonnenstrahl hindringt. Besonders schlimm sind die Wohnungen in den Quergebäuden und Seitensügel, sowie die im Erdgeschoss oder Parterre. An eine Durchlüftung ist meistens nicht zu denken. Dazu finstler, naß und dumpfig. Man hat längst die außerordentliche Gesundheitschädlichkeit dieser Mietskasernen erkannt und baut jetzt Ein- und Zweifamilienhäuser, meist mit einem kleinen Garten dazu. — Luft und Licht ist die erste Forderung und das ist recht so. Doch darf man nicht das Gute ins Gegenteil gekehrt wird. — Trotz aller großen Nachteile der Mietskasernen haben doch die meisten der Wohnungen in denselben den Vorteil, daß sie warm sind. Bei der heutigen sparsamen Bauweise, wo alles mögliche versucht wird, um recht billig zu bauen, werden meist die Außenwände zu dünn und zu wenig wärmehaltend gebaut, und schon hört man oft Klagen von Siedlern, die sich deshalb nicht wohl fühlen in ihren Eigenheimen. Also wärmehaltend muß gebaut werden.

Weiter: Ist es volkswirtschaftlich richtig, daß man in Industriegebieten jeder Familie ein Haus mit Garten baut? Es wäre sicherlich wünschenswert, ist aber unwirtschaftlich. Jedes kleine Häuschen braucht Fundamentierung und Dachstuhl. Es muß Anschluß an Gas, Wasser, Kanalisation, elektrische Leitung gelegt werden, soweit es sich um Häuschen im Reichsbilde von Städten handelt, und man nicht auf Gas und Wasserleitung und andere Kulturerrungenschaften verzichten will. Wir sehen also ungeheure Verteuerungen dadurch entstehen. — Mit dem Garten ist es das gleiche. Für jede Wohnung ist ein Obst- und Gemüsegarten nicht nötig. Es gibt viele Menschen, die gar keine Zeit oder Lust haben zur Gartenarbeit. Treibt heute noch die Teuerung das Gemüse und sonstigen Gartenfrüchte manchen zur Landwirtschaft im kleinen, so wird dies sehr nachlassen, wenn hier eine Aenderung eintritt.

Wie man aber nun baut, ob Einzel- oder Reihenhäuser, oberster Grundsatz muß immer sein, gesunde, luftige Wohnungen herzustellen. Die Gärten müssen so angelegt werden, daß nicht sogenannte schmale Handtücher entstehen, an denen der Gartenbesitzer selbst auch nur wenig Freude hat. In der Nähe des Häuserblocks soll Gartenland zur

Verfügung gestellt werden, für solche Gartenliebhaber, die mit einem Hausgarten nicht befriedigt wurden. Des weiteren Sandplätze für die Kinder mit Turn- und Spielgeräten. Am besten legt man diese Spielplätze nicht zu dicht bei den Wohnhäusern an, weil der Lärm der Kinder auf die Dauer störend wirkt. Für eine Anzahl von Häuserblocks müßte immer ein Kindergarten angelegt werden, um die Hausfrauen etwas zu entlasten und dabei doch den Kindern geeignete Erziehung und Pflege zu gewähren. Für 800—1000 Wohnungen werden Wohlfahrtseinrichtungen nötig sein. Ich denke dabei an Bibliothek, Lesesaal, Versammlungsräumen usw.

Die Verwaltung und Reinigung der Häuser muß von den Bewohnern nach Möglichkeit selbst übernommen werden, jeder soll sich daran gewöhnen, seine Räumlichkeiten und dazu gehören auch die Treppen, selbst in guter Ordnung zu erhalten. Was die Heizung anbelangt, so wird man vorläufig noch wenigstens in den meisten Fällen bei der Ofenheizung notgedrungen bleiben müssen. Wo irgend möglich, sollte aber zentrale Heizung angelegt werden. Bei der fortschreitenden Entwicklung der Wärmetechnik wird man in nicht allzuferner Zeit dahin kommen, Fernheizungsanlagen einzurichten und so die großen Wärmemengen, die heut noch nutzlos durch die Schornsteine in Form von Rauch, Dampf und Gas entweichen, besser ausnützen.

Es bestehen heute von Wohngemeinschaften, in den vieles von dem angeführten verwirklicht ist. Die Baugenossenschaften haben schon viel gutes geschaffen. Die Schwierigkeiten, die der Genossenschaftsbewegung entgegenstehen und ebenfalls die Grenzen, die ihnen in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gezogen sind, sollen dabei nicht verkannt werden. Dennoch kann viel erreicht werden, wenn es auch Mühe und Opferwillen kostet. D. Heidrich.

Aus der Wirtschaft

Vom Siemens-Konzern

Die Unternehmungen des Siemens-Konzerns, der sich bekanntlich am Ende des vorigen Jahres mit dem Stinnes-Konzern vereinigt hatte, veröffentlichten ihre Abschlußrechnungen für das vergangene Geschäftsjahr. Die Gewinne sind so groß, daß der Konzern es sich ohne Verkürzung der Dividende leisten kann, einen Fürsorgefonds für seine Angestellten mit 12 Millionen Mark auszustatten, um die Arbeiter besser an der Strippe halten zu können.

Von den einzelnen Unternehmungen kämmt die Siemens und Halske A. G. nach Abzug des Beitrags von 4 Millionen Mark für den Fürsorgefonds mit einem Ueberschuß von 16,4 Mill. Mark gegenüber 11,5 Mill. Mark im Vorjahre ab. Obwohl das Kapital inzwischen auf 126 Mill. Mark verdoppelt wurde, kann doch die bisherige Dividende von 12 Prozent ausgeschüttet werden. Mit Befriedigung stellt schließlich der Geschäftsbericht fest, daß die Arbeitsleistung sich im vergangenen Jahre gehoben habe. Die Aktionäre können auch zufrieden sein, denn sie erhalten ohne Erhöhung ihrer Arbeitsleistung für das neue Kapital eine 12prozentige Verzinsung. Hingegen ist es sicher, daß den Arbeitern die Hebung ihrer Arbeitsleistung nicht durch eine Erhöhung ihrer Reallohne entgolten wurde.

Den Siemens-Schuckert-Werken bleibt nach Abzug von 8 Mill. Mark zur Dedung des Fürsorgefonds noch ein Reingewinn von 12,8 (i. B. 15,3) Mill. Mark, aus dem wie bisher 10 Prozent Dividende verteilt werden.

Die Elektrizitäts-A. G. vorm. Schuckert u. Co. verteilt aus einem Reingewinn von 7,2 (i. B. 6,4) Mill. Mark 9 Prozent Dividende.

Vertikale Zusammenschlüsse

Nach dem Muster der großen Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert-Union — welchen monströsen Namen sich der monströse Elektromonsterrust Stinnes-Siemens beigelegt hat — erfolgen jetzt in rascher Aufeinanderfolge ähnliche Zusammenschlüsse von Rohstoff- und weiterverarbeitenden Unternehmungen.

Die Hirsch Kupfer- und Messingwerke haben sich die Hüttenwerke E. Wilhelm Kaiser u. Co. A. G., die Kupferwerke und Hüttenwerke betreibt, angegliedert und haben mit dem Metallhaus Aron Hirsch u. Sohn, einer Großaktionärin der Gesellschaft, die über große in- und ausländische



G E G R : 1 8 1 5 *

* K Ö N I G S T R A S S E * S P A N D A U E R S T R A S S E

Nur noch 3 Tage: Montag, Dienstag, Mittwoch

Inventur-Ausverkauf

Weitere bedeutende Preisermäßigungen

Damen-Kleidung Bluse aus bedrucktem reinwollenen Musselin 69.- Morgenjacke a. Flauschstoff mit farbig. Blende 45.- Kleid a. reinwoll. Stoff 225.- Tankleid aus reinseidenem Chinakrapp 390.-	Kleiderstoffe Ein Posten: Rock- und Kostümstoffe in verschiedenen Qualitäten Serie I II III Mtr. 26.50 39.- 55.- Paillette-Seide doppelbreit n.a. 67.50	Wirkwaren Fülllinge für baumwoll. Stricktümpfe, schwarz 3.90 Deckwolle schwarz reinwoll. Qualität, 50 Gr. 5.90 Damen-Strickjacken in verschied. Ausführungen 145.- 245.-	Möbelstoffe Dekorationsstoff Baumwolle gemustert, ca 130 cm Mtr. 58.- Gobelinstoff aparte Muster, ca 130 cm. Mtr. 120.- Moquetteplüsch gemust., ca 130 cm Mtr 150.-
Wäsche Tagemid im Rampf gestickt 33.- Deckbettbezug vorzügliche Qualität.. 108.- Kissenbezug vorzogl. Qualität, 80x80 cm 35.- Laken aus Hemdentuch mit Naht, 160x220 cm 82.-	Herren Wäsche Farbige Oberhemd mit Klappmanschetten 49.50 Pikee-Vorhemd farbig gestreift..... 5.90 Sportkragen aus weiß. Pikee oder Natta 4.75 Herren-Hut Haarfä. weich, farbig 48.-	Handarbeiten Vierecke 30x30 cm 3.95 Mitteldecke 60x60 19.75 Kissenplatte 60x90 oval 24.75 Mittelplatte 40x60 19.75 Stickmaterial w. Seidentw. et. 5 Gr. Knäup. 0.85	Gardinen Erbstüll - Halbvorhang mit Bändchen-Arbeit 110.- Erbstüll-Garnitur mit Einsatz und Spitze 112.- Tüll-Gardinen 112 cm Mtr 14.75 Gestickter Tupfenmull 115 cm Mtr 19.75

Was die Arbeiter lesen

Bericht der Bremer Arbeiterbibliothek

Die Geschäftsberichte der verschiedenen Arbeiterbibliotheken Deutschlands geben uns ein anschauliches Bild vom Geistesleben der deutschen Arbeiter. Wenige Statistiken sind lebendig wie Bücherstatistiken. Das, was hier aus Bremen berichtet wird, muß natürlich durch Berichte aus anderen Städten ergänzt werden. Aber auch ohne diese Ergänzungen, die wir von Zeit zu Zeit bringen werden, gibt uns der Bericht aus Bremen ein Bild, das gewiß typisch ist und im großen und ganzen nicht unerfreulich.

Der Jahresbericht zeigt, zum erstenmal wieder seit dem Kriege, eine aussteigende Bewegung, und zwar eine ganz rapide. 1913/1914 wurden 76 269 Bücher ausgegeben, die Zahl fiel 1917/1918 auf 30 000, sie fiel noch weiter im folgenden Jahre, um schließlich im verfloffenen Jahre wieder zu der ansehnlichen Summe von 62 223 Bücher zu gelangen. Die schöngeistige Literatur war, wie wir im „Bibliothekar“ lesen, auch in diesem Jahre am meisten begehrt. Im vergangenen Herbst bekam man bei Empfehlung patriotischer Schriften oft die Antwort: „Nein, geben Sie mir etwas anderes, in der Politik bleibt man schon auf dem laufenden, dafür sorgen die Zeitungen. Vor allem aber bleiben Sie mir fern mit Büchern über Krieg oder Kriegserinnerungen“. Doch die nationalistische Kriegsliteratur von den Arbeitern verspottet wird, ist nur zu begrüßen, bedauerlich aber ist, daß politische Schriften, die noch zur Aufklärung in der jetzigen Zeit so äußerst wichtig sind, nicht genügend Beachtung finden. Erst kürzlich war in den letzten Monaten auch in dieser Hinsicht eine ganz auffallende Bewegung eingetreten. Die Gemüter kommen allmählich zur Beruhigung, und man vertieft sich mehr und mehr in die Schriften mit politisch einschneidendem Charakter. Die Frage nach dem Nützlichkeitswert spornt nachweisbar die Arbeiter zu tieferem Wissen an.

Die am meisten gelesten Autoren waren folgende: Engels, „Ursprung der Familie“ 25, Bebel, „Die Frau und der Sozialismus“ 31, „Aus meinem Leben“ 45, Kautsky, „Marx' ökonomische Lehren“ 36, Das Exzerptprogramm 37, Das kommunistische Manifest 28, Blos, „Französische Revolution“ 34, Corwin, „Der Klassenkampf“ 73, Juchacz, „Eittengeschichte“ 18, „Gefährliche Haupter“ 123, „Wohlfahrt und Menschheit“ 36, „Darwinsche Theorie“ 17, Bocaccio, „Defameron“ 53, Casanova 32, Alexander Dumas 197, Maupassant 96, Emile Zola 1523, Jules Verne 306, H. de Balzac 258, Elisabeth Schöner, „Die weiße Sklaverei“ 49, Strindberg 48, F. W. Dostojewsky 39, M. Arzobaschew 47, M. Twain 107, Ch. Dickens 278, M. Gorki 323, L. Tolstoi 268, Bertolucci 197, G. Suttner 156, H. Sinclair 141, M. Gorki 88, Th. Heine 104, G. Hauptmann, „Jena oder Sedan“ 52, Margarete Böhme, „Das Tagebuch einer Verlorenen“ 41, Henriette Renard 58, Fr. G. Zerkow 118, M. Lamius 50, H. Freytag 123, H. Heine 44, B. Auerbach 123, Th. Storm 112, Ludw. Ganghofer 753 (1), Alza 417, Frentzen 78, E. Franzos 174, P. Rosegner 321, E. von Reichenow 180, R. von Ebner-Eschenbach 76, M. Arzher 153, Spielhagen 110, L. Jacobowski 53, H. Sudermann 176, R. Schmelz 154, Th. Fontane 229, A. Geißler 30, Minna Kautsky 35, H. Herzog 67, Gerh. Hauptmann 78, Fr. Reuter 89, „Die Gartenlaube“ 807, „In freien Stunden“ 510, „Die neue Welt“ 400.

Die Leserschaft betrug 2554, davon 223 weibliche Leser und 216 Kinder. Auf die einzelnen Gewerkschaften verteilten sich die Leser wie folgt: Bäcker 20, Barbier 8, Bauarbeiter 70, Böttcher 8, Brauereiarbeiter 32, Buchbinder 9, Buchdrucker 65, Buchdruckerhilfsarbeiter 4, Bureauangestellte 6, Dachbeder 4, Fabrikarbeiter 70, Fleischer 3, Gärtner 9, Gastwirtschaftlichen 8, Gemeinde- und Staatsarbeiter 65, Glaser 3, Handlungsgehilfen 22, Hausangestellte 4, Holzarbeiter 171, Hutmacher 1, Kupferschmiede 7, Lithographen 7, Maler 36, Maschinisten und Heizer 30, Metallarbeiter 380, Sattler 18, Schneider 30, Schuhmacher 15, Steinarbeiter 11, Tabakarbeiter 23, Tapezierer 5, Textilarbeiter 16, Transportarbeiter 180, Zimmerer 22, Musiker 4, Eisenbahner 65, Hafenarbeiter 2, Verband der Kriegsbeschädigten 5, Union 14, Junge Garde 55, Seemannsbund 5, Familienangehörige 70, nur politisch organisierte 64.

Der Besuch des Lesesaals ließ im vergangenen Winter sehr viel zu wünschen übrig. Schuld daran waren wohl in erster Linie die schlechten Heizungsverhältnisse, da ein längeres Verweilen in den oft ungeheizten Räumen unmöglich war. In den letzten Monaten steigt auch die Zahl der Besucher des Lesesaales dauernd.

Durch die Verkürzung der Arbeitszeit, die horrenden Preise der Bücher und dadurch, daß die Verhältnisse viele zwingen, häuslicher zu werden, durch die stetig steigende Arbeitslosigkeit, steigt natürlich das Lesebedürfnis ganz rapid. Haben wir doch im ersten Monat dieses neuen Geschäftsjahres schon annähernd 500 neue Leser zu verzeichnen. Fünfmal soviel wie in derselben Zeit des Vorjahres. Voraussichtlich wird der kommende Winter der Bibliothek einen ganz bedeutenden weiteren Auftrieb bringen, was ganz gewiß im Interesse der Aufklärung der Arbeiter und des Volksganges zu begrüßen ist.

Die Kraft eines Samenkorns

Von Heinz Westen

Wenn man eine dünnwandige Glasflasche — eine Medizinflasche zum Beispiel — mit gelben, trockenen Erbsen füllt, dann die Flasche mit Wasser vollgießt, so mit einem Korfen verschließt und in eine Ede stellt, wird nach kurzer Zeit aus jener Ede ein dummer Knoll hervorgehen. Und wenn man dem Schall nachgeht, um seine Ursache zu erforschen, findet man, daß die aufquellenden Erbsen der Flasche den Boden herausgedrückt haben. Ist zertrümmert sie sogar die Flasche vollständig, so daß man gut tut, bevor man das Experiment anstellt, diese mit einem Tuch zu umwickeln, damit man nicht durch herumfliegende Glasplitter verletzt werden kann.

Wie ist der Vorgang zu erklären? Woher gewinnen die Erbsen die Kraft, eine Flasche von innen heraus zu zertrümmern, sie auseinanderzureißen?

Diese erste Frage beantwortet sich leicht. Die Erbsen ist ein Samenform, ist der Same der Erbsenpflanze. Kommt ein Samenkorn mit Wasser zusammen, dann nimmt es dieses begierig auf; es beginnt zu quellen und vergrößert so seinen Umfang. Und da die vielen vergrößerten Erbsen nun in der Flasche nicht mehr Platz haben, zertrümmern sie diese. Das ist das Ganze.

Es klingt so einfach und selbstverständlich und ist doch so wunderbar. Man versuche nur einmal mit zwei Fingern in den Hals einer weithalsigen Flasche zu greifen und diese mit Hilfe der beiden Finger auseinanderzubrüden. Es gehört eine sehr erhebliche Kraft dazu, und nur den wenigsten wird das Kunststück gelingen. Und die kleinen Erbsen besitzen diese Kraft?

Man darf nicht einwenden, daß die Erbsen nur in ihrer Gesamtheit so stark sind, um eine Flasche zertrümmern zu können. Die Anzahl der Erbsen kommt hier nicht in Betracht und das Wort „mit vereinten Kräften“ spielt hier keine Rolle. Denn auch wenn man eine sehr kleine Flasche nimmt, in der nur wenige Erbsen Platz haben, genügt der Versuch genau so, als bei einer großen Flasche, in der mehrere Hundert Erbsen gegen die Glaswand drücken. Die Kraft liegt in der Erbsen selbst und nicht in der Menge der Erbsen.

Woher aber gewinnt die kleine runde Hülsenfrucht diese Kraft, die zu ihrer Größe in gar keinem Verhältnis steht? Sie erhält sie durch ihre Eigenschaft als Samenkorn. Denn in jedem Samen-

korn liegen gewaltige Kräfte aufgespeichert, die ihm notwendig dem Samenorn gestellt hat. Um sich deren Größe und Bedeutung zu veranschaulichen, vergegenwärtige man sich nur einmal, daß ein Samenorn gewissermaßen eine Pflanze in ihrem jüngsten Stadium vorstellt, und daß diese junge Pflanze nicht wie ein junges Tier in seinen ersten Lebenstagen von der Mutter behütet und betreut wird, sondern vom ersten Augenblick an, da es sich von der Mutterpflanze gelöst hat, ganz auf sich selbst angewiesen ist.

Ein Samenkorn muß — in vielen Fällen wenigstens — zuerst die harte Samenschale sprengen, die die Natur als einen Panzer ihm mit auf den Weg gegeben hat; es muß die Wurzeln in den Erdboden treiben und sie dort verankern, es muß den Stamm nach oben strecken dem Lichte entgegen, muß die Blätter entfalten und anderes mehr tun. Um allen diesen Aufgaben gerecht werden zu können, muß der Samen viel Kraft entfalten und — viel Nahrung bekommen. Denn ein großer Kräfteverbrauch bedingt eine große Nahrungsaufnahme. Da aber das junge Pflänzchen fürerst noch keine Nahrung aus der Erde und aus der Luft aufnehmen kann — denn dazu braucht es die Wurzeln und die Blätter, die sich erst entwickeln müssen, bevor sie in Tätigkeit treten können — muß es die Nahrung selbst mitbringen.

Wenn man eine quellende Erbsen zwischen den Fingern drückt, zerfällt sie leicht in zwei Hälften, und wenn man diese beiden genau ansieht, erkennt man bald an der einen von ihnen ein züngeltes, pflanzenähnliches Gebilde, den Keim. Der Keim ist die eigentliche junge Pflanze, die sich entwickeln soll; er ist so klein, daß man keine genauen Formen nur mit Hilfe einer guten Lupe erkennen kann. Die halbe Erbsen, an der er klebt, ist zwanzig-, dreißigmal so groß als er. Und da nur aus ihm die Pflanze sich bildet, alles andere aber an der Erbsen Nährstoffe sind, so kommt er in seiner gelben Kugel wie in einer richtigen Speisekammer zur Welt, die vollgestopft ist mit sehr guter, kräftiger Nahrung. Denn welchen Wert als Nährstoffe die Erbsen, Linsen und anderen Hülsenfrüchte haben, wissen wir selbst, wenn wir einen großen Teller mit Erbsen oder Sojabohnen verzehrt haben und nun feststellen können, daß die Mähdzeit „recht lange vorhält“.

Der kleine Keimling, dem die eine Erbsen so viel gilt, als uns ein Erbengericht von mehreren hundert Pfund, braucht eine so gute, kräftige Nahrung. Denn die Aufgaben, die seiner harren, wenn er ins Leben tritt, sind groß und um sie zu bewältigen, braucht er viel Kraft, weit mehr noch als notwendig ist, um eine Flasche zu zertrümmern.

Die Turmuhr geht vor. In diesen Tagen wurde vor den bänkischen Gerichten ein eigenartiger Prozeß entschieden, der dem Staat 100 000 Kronen gekostet hat. Der Prozeß war von der Steuerbehörde gegen die Erbsen des Lehngrafen Rolffe auf Lystrup angestrengt worden. Graf Rolffe starb gegen Mitternacht an dem Tage, an dem das neue Erbsenjahr beginnt. Die Turmuhr des Schlosses zwölf geschlagen hatte. Sie forderte daher die Steuer nach den Sitten des neuen Gesetzes. Die Zeugen sagten inebsten aus, daß die Turmuhr zwei Minuten vorgegangen sei, so daß Graf Rolffe tatsächlich eine Minute vor Mitternacht gestorben ist. Das Gericht wies daher die Klage der Steuerbehörde ab und entschied, daß die Steuer nach dem alten Gesetz zu zahlen sei. — Wenn es sich um einen Arbeiter gehandelt hätte, wäre die Turmuhr aber sicher zwei Minuten nachgegangen.

Die Theaterorganisation der Zukunft behandelt S. Kestriepta in einer kleinen Broschüre, die soeben im Verlag von S. Wiedler & Co. erschienen ist. Wie sich dies für Kestriepta von selbst versteht, ist die Volkshöhne die zukünftige Form des Theaterbetriebes, die wir schon jetzt empowachen sehen. In zehn kurzen Kapiteln stellt Kestriepta das Theater von heute dar, das Welen der wahren Volkshöhne, Organisationsgrundlagen, Aufbau der Verwaltung, Theaterbetrieb, Zusammenwirken mit den Gemeinden, künstlerische Aufgaben der Volkshöhnevereine und Entwicklung der Volkshöhnenbewegung. Schließlich zeigt noch Kestriepta, wie ein Volkshöhnenverein zu gründen ist und legt eine Musterstatute für ihn vor. Die Schrift ist aus der Fülle der Erfahrungen, über die Kestriepta verfügt, entstanden und besonders unseren Genossen im Lande zu empfehlen, die einen Volkshöhnenverein gründen wollen.

Zu Tode gehezt

Von Marion

Was dem Feindlichen aus Stefania Götterring. Vier Personen befanden sich im Zimmer: Fräulein Maria, die Haushälterin von Beruf, ihr Bräutigam und zwei Genossen, die bei ihr übernachteten sollten. Die Genossen waren jung und schlecht gekleidet. Der eine war Arbeiter, der andere, ein „Intelligent“, aus jenem speziellen Kreise der Intelligenz, die sich aus eigener Kraft durch das Gymnasium und die Universität durcharbeiten, mit Nachhilfeunterricht Mutter und Schwestern ernähren, einmal in der Woche sich ein Mittagbrot leisten und im dreihöchsten Lebensalter, wenn die Lebensbahn einen Ausschlag zu nehmen beginnt und der Name Klang gewinnt, an der Schwindsucht sterben.

Pflichtlich ließ sich ein langes, hartes Klingeln vernehmen. „Das sind sie...“, flüsterte Maria. Zugleich klingelte es auch in der Küche laut und zu dringlich. „Genosse Wazlaw, folge mir!“ rief der Arbeiter, hob das Fenster heraus und sprang ohne Bedenken in den schwarzen Abgrund. Wazlaw hinter ihm her. Fräulein Maria rannte zur Tür. „Wer ist da?“ „Ein Telegramm. Bitte öffnen.“ Sie öffnete. Ins Zimmer drangen ein dicker Postzeitungsbeamter, fünf Gendarmen, fünf Schutzleute und eine Frauensperson. Auf der Treppe blinkten die Gewehre der Soldaten. „Sind Sie Maria Jatzewsta?“ „Ja.“ „Wir kommen, eine Revision zu machen. Und wer ist dieser Herr?“ „Mein Bräutigam, Karol Wolski.“ „Dieser Mann wird nicht herausgelassen. Haltet ihn.“ „Das ist nicht nötig, denn ich habe ja nicht die Absicht, zu fliehen“, erwiderte Karol ruhig. Die Frau näherte sich Maria, durchsuchte gewissenhaft alle ihre Taschen, betastete die Taille, guckte unter das Korsett. Der Schutzmann tat ungefähr dasselbe mit Karol. Die übrigen guckten unterdessen unter das Bett und unter die Schränke, warfen die Betten auf den Fußboden, durchwühlten sämtliche Kleider, Schachteln und Bekleidete, dann krühten sie sich, wie eine hungrige Rabenschar, auf die Bücher und begannen sie mit Triumph auf den Schreibtisch zu schleppen. Hier ließ sich der Herr Kommissar nieder und notierte alles eifrig in einem ellenlangen Protokoll. „Guter Wohlgeboren, Kottäppchen, ein phantastisches Märchen“, buchstabierte der Schutzmann. „Nöt? ... Ich sofort her!“ „Guter Wohlgeboren, ein Buch ohne Zensur!“ „Das ist ja ein englisches Wörterbuch!“ sagte Maria. Karol drückte ihre Hand und küßte sie zu: „Sei still, was geht es dich an!“ „Wörterbuch?“ „Meine Tagebücher... in den Händen fremder Menschen.“ „Was geht es dich an, Maria... Postzeitung... zählt nicht zu Menschen.“

„Die Kassetten sind verschlossen... Bitte, öffnen Sie sie...“ „Was tue ich nicht.“ „Warum nicht?“ „Weil Briefe darin sind... Familiengeheimnisse...“ „Vor der Polizei gibt es keine Geheimnisse!“ sagte der Kommissar feierlich. Er brückte auf das Schloß, und die Sprungfeder brach. „Meine teuerste Maria“, buchstabierte der Beamte die polnischen Worte und ließ sich die Worte, die er nicht verstand, von dem Schutzmann übersehen... „Ich erwarte deinen Brief mit Sehnsucht.“ Auf diese Weise wurden Karols sämtliche Briefe durchgesehen und zusammen mit „Kottäppchen“ in das Archiv der Vergehen der jungen Dame gelegt. Die Revision des Zimmers dauerte fünf Stunden. Zur Sicherheit wurden die Tapeten von der Wand abgerissen, der Stoff von den Möbeln abgetrennt und eine Diale aus dem Fußboden herausgehoben. Endlich schickte sich der Kommissar an, zu gehen und nahm als kostbares corpus delicti das „Kottäppchen“, ein englisches Wörterbuch und Marias Tagebuch mit. Doch plötzlich fiel sein Blick auf das Fenster. Dort lag, hinter dem Fenstervorhang, ein Aufruf, den einer der Häftlinge beim Hinauspringen verloren haben mußte. „Was, so ist die Sache!“ rief der Kommissar mit drohender Stimme. Die Unschuldsdammer! Wie sie sich verhalten haben! Sei still! Sporen strichen, Gewehre rasselten. Zwanzig Soldaten traten in feierlichem Marsch ein und stellten sich kampfbereit auf. „Diese hier umzingeln und vormärtsgerannt!“ kommandierte der Kommissar. Der Zug setzte sich in Bewegung zur Kanzlei der „Schutzverwaltung für Freiheit und öffentliche Sicherheit“, und von dort aus nach dem „Fawlat“, dem städtischen Gefängnis. Als die beiden Genossen hinausgeschleppt waren, mußten sie sich trennen. Der Arbeiter hatte sich den Fuß im Knöchel verstaucht und konnte keinen Schritt weitergehen. Das Gesicht unterdrückend, ließ er sich in die Ede des Holes schleppen, hinter den Müllhaufen. Vielleicht konnte er hier undemerk bis zum Morgen liegen bleiben. „Ihr aber, Wazlaw, macht euch aus dem Staube, so schnell euch die Füße tragen“, sagte er zu dem Genossen. (Fortsetzung folgt.)

INVENTUR-VERKAUF

Restbestände und andere Gelegenheitsposten

Kommen in fast allen Abteilungen ganz enorm billig zum Verkauf

Leizie Wodie
des
Inventur-Verkaufs
Reste und Abschnitte
zu sehr vortheilhaften Preisen

Ulster- und Anzugstoffe
für Herren, origl. englische Ware,
etwa 150cm breit Meter **139⁰⁰**

Damenbekleidung

	Serie I	Serie II
Damen- u. Jungmädchen-Mäntel	125 ⁰⁰	190 ⁰⁰
Damen-Jackenkleider	390 ⁰⁰	590 ⁰⁰
Damen-Kleiderröcke	29 ⁵⁰	39 ⁵⁰
Seidenkleider hochlegant	290 ⁰⁰	390 ⁰⁰
Wollkleider hochlegant	290 ⁰⁰	390 ⁰⁰
Gesellschaftstoiletten zum eff. auf Partell.	590 ⁰⁰	790 ⁰⁰
Morgenröcke Sommer- und Winterstoffe	85 ⁰⁰	115 ⁰⁰

Seidene Blusen	Wasch-Blusen
Serie I Jetzt 69⁵⁰	Serie I Jetzt 49⁵⁰
Serie II Jetzt 89⁵⁰	Serie II Jetzt 69⁵⁰
Serie III Jetzt 165⁰⁰	Serie III Jetzt 89⁵⁰

Handgestickte weisse Vollvoile-Blusen

Serie I: 127⁵⁰	Serie II: 165⁰⁰	Serie III: 195⁰⁰
----------------------------------	-----------------------------------	------------------------------------

Baumwollwaren

Molton etwa 85cm breit, einfarbig grau Meter **13⁵⁰**

Batist bedruckt, schöne Blumenmuster Meter **13⁷⁵**

Schleierstoffe bedruckt, doppeltbreit Meter **18⁵⁰**

Kleiderstoff 110cm breit, farbig kariert Meter **29⁷⁵**

Seidenstoffe

Reinseidene Schotten in großer Auswahl Meter **24⁵⁰**

Schwarze Kleiderseide zirka 85 cm breit Meter **64⁵⁰**

Farbige Kleiderseide doppeltbreit in modernen Farben Meter **74⁵⁰**

Schwarzer Taffet zirka 95 cm breit, für Kaitime und Kleider Meter **78⁵⁰**

Schuhwaren

Kamelhaarstoff-Schnallenstiefel für Damen **23⁵⁰**

Lack-Schnürschuhe für Damen, in guter Qualität **125⁰⁰**

Herren-Stiefel in guter Verarbeitung **148⁰⁰**

Lackbesatz-Stiefel für Damen, mit verschiedenen Einätzen **195⁰⁰**

HERMANN TIETZ

Unentbehrlich
für
Arbeiter, Angestellte, Parteigenossen

U. S. P. D.
Taschenkalender
1921

Gut gebunden :: 4.-Mark
Organisationen Preisermäßigung

Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C. 2, Breite Straße 8-9

SPEZIAL-ARZT f. allm. Geschlecht, Horn- u. Blutuntersuchung.
Dr. med. Karl Reinhardt
Potsdamer Str. 117 an der Lützowstraße
Behandl. auch schwerer u. rezidivierender Leiden b. langjähr. bewährter Heilverfahren. Sprechst. 12-2, 4, 6-8 abends. Sonntag 11-1. Ueberlassene Broschüre mit Beschreibung sämtl. Heilverfahren in verschlossenen Kuvert gegen Einzahlung von 20. 2.50 portofrei.

Spezialarzt f. Haut, Horn, Frauenleiden, Syphilis, Salvarsan-Kuren Blutuntersuchung, Menseschwäche, Bienen spezial.
Dr. med. Lammers Amalienstr. 10-11, 4-11, Sonnags 10-12
Brunnenstr. 185 (wicht. Rosenthaler Platz und Jussallbrunnstraße).

Spezial-Arzt Dr. Schott für alle Geschlechts- u. Hornleiden, Haut, Horn, Frauenleiden, barmh. Ausfälle, Ausschlag, Menseschwäche, Syphilis, Knochentuberkulose in allen u. zweifelsfreien Fällen durch Blutuntersuchung, Komb. Neu u. Silber-Salvarsan-Kuren. Spezialarzt Dermatologie.
Dir.: A. Löser Im Rosenthaler Platz
Nur Rosenthalerstr. 69-70
9-1, 4-8, 10-11, 12
Rosenthaler Platz.

Spezial-Arzt Dr. Jette für Geschlechts-, Horn-, Syphilis-Kuren, Blutuntersuchungen, spez. Hornleiden u. Ausschlag, Urtik. u. Nervenleiden.
Dir.: O. Löser, Münzstr. 9
Kunst. 10/11, 12
Nur Alexanderplatz, 9-1, 4-8, Sonnags 9-11. Damen separat

Spezialbehandlung
(Syphilis, Haut-, Horn- und Frauenleiden, Menseschwäche)
Schmerz-, sichere, schmerzlose Behandlung ohne Berufsberatung.
Urin- und Blutuntersuchung, Salvarsan-kuren, Menseschwäche. Beste Erfolge, spez. bei herabgesetzten Harnleiden, Nerven-, Bewegungs- u. Schmerzlose elektrische Durchleitung.
Vergeltliche Vertung. **Holzplatz 10** Dr. Alfred Ede Bergstr. 9
Unterjoch, kollekt. Jussallbrunnstr. 147, 1. Stg., 2 Minuten v. Ostbahnhof. Sprechstunden 10-11, 4-8, Sonnags 10-12.

Die langen Winterabende verkürzt
Ober See und Heide
Von Paul John / Fahrten und Wanderungen / Gebd. 8 Mk.
Mit vielen Illustrationen und drei Kunstblättern

Inhalt:

An die Ostsee Obers 5-türiger Hall Swinemünde Rügenwanderung Alt-Berlin	Elbfahrt Bornholm Rundfahrten und Konserven Halle u. Johns Kapel	Bornholm Hornsbos u. deNo Sichte Guljen und Heilig-annem Heimkehr Sturmfahrt i. Parosval	Winter in den Bergen Landreisen in Norweg Auf dem Eise d. Müggel Und Friede auf Erden
---	--	--	--

Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Freiheit“ \ Breite Straße 8-9
Auch in allen Filial-Expeditionen der „Freiheit“

Vermittlung nach
Innere Berlin
Wohnungs-Tausch
m. Gang d. Wohn. Ampt.
E-Wo-Ge
Erlaubt Wohn- u. Anstausch-Ges.
Auffisches u. nachweisl. erfolgreichste u. in allen Unternehmen dieser Art Deutschlands.
Filielen in allen Stadtteilen Gross-Berlins
Besondere Abtlg. für Nachw. möbl. Zimmer für Vermieter kostenlos.
0 25, Alexanderstr. 331
Fernspr. Alexander 1467
E-Wo-Ge

Geschlechtskranke
(Schmerzmittel, Ausfall, Syphilis, Frauenleiden usw.)
finden Schmerzlos und ohne Berufsberatung Hilfe im Wasser-Infektum Spezialärztliche Vertung Berlin SW, Wilmers-Platz 3 (bleibt am S-Bahnhof Tor). Sprechst. 10-11, 4-8, Sonn. 11-1. Besondere Zimmer separat. Erfolge nachweisbar selbst nach 24.
wo alles andere versagte.
Jeder Kranke verlor Dr. med. Kubring's Heilungsmittel für 2.00 Mk. in verschl. Umschlage ohne Aufbruch. Angabe des Leidens erforderlich.

Spezialarzt
Dr. med. Koenen
f. Haut-Horn, Frauenleiden, Syphilis, Schindler, Weinkrankheit, Behandlung. schnell, sicher u. schmerzlos ohne Berufsberatung. Blutunter-suchung. Harnleiden, Hornleiden, Frauenleiden, Schindler, Syphilis, Weinkrankheit, Harnleiden, Blutunter-suchung
Hörnstr. 56-57, gegenüber Rathaus
Spr. 10-11, 4-8, Sonn. 10-11, 12
Tel. 1011, Sep. Dammstr.

Spezialarzt
Dr. Feldmann
behand. schnell, gründlich, mög-lichst schmerzlos u. ohne Berufs-berung. Geschlechtskrankheit, Syphilis, Haut-, Horn-, Frauenleiden, Schindler, Harnleiden, Blutunter-suchung
Hörnstr. 34-36, Alexanderplatz
Spr. 10-11 u. 5-8, Sonn. 10-11

Bettnässen
Befreiung sofort.
Nagel und Geschlecht an-gerben. Kusk. unent-fernt.
Vors. San. Artzt Dr. Eppelbracht,
München 8 72, Kapuzinerstr. 1
Preiswärdige Invention
Bonn, Reichsdrucker Straße 7.

Oberlandesgerichtsrat
auch. fachgemäße Rechtsberatung, Abwicklung schwieriger Fälle. Ehr. Wilhelms-, Dammstr. 115
Dr. med. Hollaender Berlin W 8
Lützow Str. 100
Spezialarzt für Haut- und Geschlechtsleiden
Horn- u. Blutuntersuchungen
Sprechstunden: 11-1 vorm., 5-7 nachm., Sonnags 11-1
Kaufläden Broschüre Nr. 14. 20k. 2.50 (Nachnahme)

Geld
für jede Wertsache
kauftverkauft für
Billsen. Colopro
Erträge. Bäder usw.
Friedrichstr. 41, III. Stg.
Grat.

Gänsefede
toller
ersch
Psa
Wp

Alte Gebisse
auch einzeln Zähne Stück 4-200 Mark.
Kupfer Messing
Platin, Gold u. Silber
Schurz & Schmidt, Effenber Str. 78
1. Stg. Adreht.

Blumenstr.
Hof- u. Kassen
für sämtl. Blümen
höchste 50 cm l. z.

Wir führen nur Trauringe
und liefern direkt an Privat
1 Dukaten-Ring massiv
900 gestempelt schon für 150 M.
100 103 104 105 106 107 108 109 110 111 112 113 114 115 116 117 118 119 120 121 122 123 124 125 126 127 128 129 130 131 132 133 134 135 136 137 138 139 140 141 142 143 144 145 146 147 148 149 150 151 152 153 154 155 156 157 158 159 160 161 162 163 164 165 166 167 168 169 170 171 172 173 174 175 176 177 178 179 180 181 182 183 184 185 186 187 188 189 190 191 192 193 194 195 196 197 198 199 200
Jede Größe am Lager. Namen unentgeltlich gleich mitzunehmen. - Versand nach auswärtig
6. Alb. Thal, Spezialfabrik für Trauringe
Berlin C, Seydelstr. 5. 16. Jhr. Traur.

Fahrradgummi billiger

Laufmäntel, 28 x 1 1/2, 30., 35., 40., 45., 50., 55., 60., 65.
Laufmäntel, prima, mit 1 Jahr Garantie 75.-
Extra starke Gebirgsreifen, mit 1 Jahr Garantie 90 Mk.
Luftschläuche 18.-, prima, mit 1 Jahr Garantie 20 und 25 Mk.
Versand nach außerhalb gegen Nachnahme.
ERNST MACHNOW, Weinmeisterstr. 14
Größtes Fahrradhaus Berlins.

Sobald erschienen! **Karl Radek**
Rosa Luxemburg
Karl Liebknecht
Leo Jogiches
48 Seiten, 6 Reproduktionen.
Preis: Organisationsausgabe M. 2.-, Kartierte Ausgabe M. 4.-
Verlag der Kommunistischen Internationale
in Commission: Verlagsbuchhdlg. Carl Heym, Nchlig, Hamburg
(Arbeiterbuchhandlung Berlin, J. Nonstr. 1.)

Die gute MASSARY Zigarette
urteilen Sie selbst!

MASSARY

BERLINS POPULÄRSTE ZIGARETTENMARKE!

Groß-Berlin

Geburtshelferinnen am Sterbebett

Die Preussische Landesversammlung ist dahin; sie soll am 20. Februar durch den Landtag ersetzt werden. In ihrem Sterbebett sahen in den letzten Tagen die Geburtshelferinnen. Sie hatten sich zu Hunderten auf den Tribünen niedergelassen und beobachteten von dort aus, ob diese in den letzten Stunden liegende Landesversammlung noch Kraft genug besitzen würde, den Hebammen und Müttern eine einigermaßen annehmbare Erbschaft zu hinterlassen. Sie sahen, wie ein Kampf um das Testament entbrannte. Damit das überhaupt zustande komme, munterten sie durch Zustimmung von der Tribüne die Volksvertreter auf, die für Errichtung eines Nachlasses eintraten. Das sagte dem Präsidenten der Landesversammlung nicht, der da meinte, das Testamentmachen müsse ohne fremde Hilfe geschehen. Und vielen anderen, die da mitwirken sollten, war es unangenehm, daß ausgerechnet Geburtshelferinnen beim Hebammengeleik Hebammendienste leisten wollten. Hebammen wollten sich um ihre eigentlichen Aufgaben kümmern und den Gesehgebern überlassen, was sie in ihrer Weisheit beschließen würden. Ueberhaupt sei es eigentlich eine schwere Vernachlässigung der Berufspflicht, wenn Geburtshelferinnen beim Hebammengeleik stehen, anstatt an das Wochenbett zu gehen. Die Mütter in ihren Nöten könnten doch nicht warten, bis das Hebammengeleik fertig sei. Was könnte nicht alles in der Zeit passieren, da die Hebammen auf der Tribüne sitzen? Es wäre bei uns doch nicht so wie bei den Naturdöllern, wo die Mütter ohne Hebammen Kinder zur Welt brächten. Ein paar Hebammen könnten ja schließlich noch abkommen, aber 500 bis 600, das sei doch zuviel.

Unsere Hebammen liegen sich nicht irre machen, sie hielten tapfer aus. Sie meinten, sie seien aus lange Warten gewöhnt, sie mühten oft tage- und nachtlange am Bette der Wöchnerin. Tagelang sahen sie auf den Tribünen und lästeten ihren Einfluß aus. Der war so hart, daß das Zentrum nicht mehr wagte, der Verhandlung zu widersprechen. Aber der Schlussschritt kam erst Donnerstag Nacht. Hebammen waren nicht mehr da, der Verabschiedung des Gesetzes wurde widersprochen, da die endgültige Frist nicht gewahrt sei. So kam der Freitag, an dem die Landesversammlung die letzten Hänge ausschauen sollte. Vom Hebammengeleik war keine Rede mehr, die Hebammen kamen um den erwarteten Nachlaß. Die Landesversammlung liegt auf der Totenbahre, sie hat den Geburtshelferinnen, die so wader am Sterbebette ausgehalten hatten, nichts, auch gar nichts hinterlassen.

In den Wochenbetten der vielen Mütter werden sie erzählen können, wie grausam die Volksvertreter mit ihnen gespielt haben und wie sie behandelt worden sind. Und sie werden ihre Schicksale, die sie betreten, aufzählen, am 20. Februar, dem Tage, an dem ein neuer Landtag gewählt werden soll, nur Vertreter der U. S. P. D. zu wählen, die bestrebt gewesen sind, Hebammen und ... wirksam zu unterstützen.

Kaufwürke an der Arbeit

Die bürgerlichen Parteien sind eifrig an der Arbeit, um die von der sozialistischen Mehrheit im Steueranschuß beschlossene Wohnungszulusssteuer zu verhindern. Sie suchen die Staatsbehörden zu beeinflussen, die Genehmigung für diese Steuerordnung zu verweigern. Deshalb hat jetzt auch ein Abgeordneter der Deutschnationalen Volkspartei eine kleine Anfrage an die Regierung gerichtet, in der er behauptet, die Steuerordnung verstoße gegen das Kommunalabgabengesetz und sei rechtswidrig. Da aber sowohl der preussische Minister des Innern, als auch der der Finanzen, sich auf den Standpunkt gestellt haben, daß Wohnungszulusssteuer rechtswidrig seien, da überdies eine entsprechende Bestimmung im Reich in gesetzlicher Vorbereitung ist, fordern wir mit aller Entschiedenheit, daß das Verhalten der Reaktionsäre, das aus der Angst um ihren Geldbeutel und ihren Wohnungszuluss geboren ist, unbeachtet bleibt.

Auch gegen die Wahl des Lehrers Paulsen zum Oberstadtschulrat wird heftig Sturm gelaufen, obwohl Paulsen die Befähigung für dieses Amt zweifellos besitzt, was selbst seine Gegner, soweit sie mit anständigen Mitteln kämpfen, anerkennen müssen, suchen die Dunkelmänner aller Konfessionen die Aufsichtsbehörde anzuhaken, der Wahl Paulsens, weil er konfessionslos ist, die Befähigung zu verlagern.

Die Reaktionsäre wollen eben die Arbeit der neuen Verwaltungskörperschaften Berlins unter allen Umständen fördern, weil sie wissen, daß, wenn erst einmal die ganze Verwaltung aufgebaut und in das richtige Geleis gebracht worden ist, die Bevölkerung eintritt, daß nun doch ein neuer Zug in das Gemeinwesen Berlin kommt.

brüchlich, daß er mit diesem Artikel nichts zu tun hat und auch seitens des in der betreffenden Betriebsversammlung aufgetretenen Sprechers Solt die im Artikel ihm zugeschriebene Äußerung nicht geian ist. Der Arbeiterrat lehnt es ab, in dem in dem Artikel geschilderten Sinne zu arbeiten, sondern sieht auf dem Boden der jetzt in den Betrieben geübten Arbeitsmethode. Der Arbeiterrat verpflichtet sich, in diesem Sinne aufklärend unter der Belegschaft zu wirken, damit ein besseres Zusammenarbeiten zwischen Arbeiterschaft und Betriebsleitung ermöglicht wird. Es wurde festgestellt, daß die in letzter Zeit zwischen Betriebsleitung und Arbeiterrat entstandenen Differenzen hiermit beigelegt sind.

Preßkommission

Nächste Sitzung am Mittwoch, den 19. cr., pünktlich 6 Uhr, Breite Str. 8-9. Vollzähliges Erscheinen unerlässlich.

Riesige Liebesgabenschwindelen einer Deutschamerikanerin

Das Landespolizeiamt hat dieser Tage einen Einjurhschwindel aufgedeckt, der keinesgleichen kaum finden wird. Die Deutschamerikanerin Miß Virginia Koll hatte es verstanden, bei hohen Beamten von Reichseinfuhrbehörden den Anschein zu erwecken, daß sie amerikanische Geldmittel für die Aufbesserung der Ernährungsverhältnisse Deutschlands zur Verfügung habe. Für dieses Geld sollten Lebensmittel im Auslande aufgekauft und bedürftigen Bevölkerungsgruppen und Wohltätigkeitsanstalten als „Liebesgaben“ unentgeltlich übermittlel werden. Auf Grund dieser Angaben wurde ihr eine Einfuhrgenehmigung für etwa 100 Waggons Lebensmittel, Tabak usw. erteilt, deren Werte in die Millionen gehen. Da es sich um Liebesgaben handelte, wurde dafür größtentells Zollfreiheit gewährt. Die Waren wurden aber weder mittels amerikanischen Kapitals angekauft, noch wohltätigen Zwecken zugeführt. Es handelte sich vielmehr um eine gewöhnliche Lebensmittelschiebung. Geldgeberin war zunächst die Schweizer Exportfirma Wpler Sohn in St. Gallen. Den Ankauf besorgte die Kopenhagener Firma V. Hirschfeld & Co., den Vertrieb hier in Deutschland deren Vertreter Mautner aus Wilmersdorf. Um die Einfuhrbehörden ganz sicher zu machen, trat Miß Koll mit Hirschfeld und Mautner als Vertreter der „Wirtschaftshilfe, Amerikanischer Unterstützungsverein, Sie Berlin“ auf. Diese Wirtschaftshilfe errichtete in einer hübschen Ein- und Ausfuhrüberwachungsbehörde mit deren Genehmigung logar eine Küche für die 1000 Angestellten. Das besondere Vertrauen der fraglichen Einfuhrbehörde erwarb sich die „Wirtschaftshilfe“ durch die Veranstaltung einer Weihnachtsfeier für die Angestellten der vorerwähnten Behörde, wofür das amerikanische Komitee 18 000 M. für Kuchen, Äpfel und Risse, 63 000 M. für Liebesgabenpaketen, 1800 M. für eine Musikkapelle bezahlte.

Beamte des Landespolizeiamtes riefen bei der Bekämpfung der wilden Ein- und Ausfuhr auf eine aus Hamburg ankommende Kakaoladung und stellten fest, daß diese, als Liebesgabe sollfrei eingeführt, verhandelt werden sollte. Hierdurch kam man auf die Spur der Schwindler. Es war gerade noch Zeit, den Reichsfiskus vor schweren Schäden zu bewahren, denn von den hundert für die Einfuhr freigegebenen Waggons waren zunächst etwa 20 über die Grenze gekommen. Bezüglich der anderen ist die Einfuhr sofort gesperrt worden. Die hier bereits auf Lager befindlichen Waren, Kondensmilch, Rindfleisch, Kakao, Mehl, Tee, Kaffee usw. sind beschlagnahmt, ebenso die Bankkonten der beteiligten Verlonen.

Zunächst sind Miß Koll und Mautner in Untersuchungshaft genommen worden.

Genossen! Schickt eure Kinder nicht zu den Schulfeiern am 18. Januar.

Proletarische Peterkinder. Die heutige Veranstaltung ist zugleich dem Gedächtnis der Opfer der Reaktion im proletarischen Befreiungskampfe gewidmet und verdient eine rege Teilnahme unserer Genossen.

Die Gesundheitsdeputation der Stadterordnetenversammlung nahm in ihrer letzten Sitzung Stellung zu der Erhöhung der Gehälter der Ärzte in den Berliner Kranken- und Fürsorgeanstalten. Es wurde eine Gehaltserhöhung nach Maßgabe der Magistratsvorlage vom 5. 10. 20 beschlossen. Bei der Beratung kamen erhebliche Mißstände sowohl in der Verwaltung einzelner Krankenanstalten als auch in bezug auf die Behandlung von Kranken zur Sprache. Herr Stadtmedizinalrat Dr. Rabnow legte in allen Fällen eine eingehende Untersuchung und Abstellung der Mißstände zu. Es muß erwartet werden, daß diese Untersuchungen sich nicht lediglich auf Auslagen der angegriffenen Verwaltungen und Ärzte beschränken, daß vielmehr auch die davon betroffenen Leidenden zu Gehör kommen. Hiervon wird unsere endgültige Stellungnahme zu dieser Angelegenheit abhängig gemacht werden.

Die Bildung der Bezirksamter kann nun endlich erfolgen, da die Stadterordneten-Versammlung das Dringliche beschlossen hat. Die einzelnen Parteien haben schon zur Kandidatenfrage Stellung genommen. Zunächst wird die Bürgermeisterwahl behandelt werden, dann die der übrigen befohdeten Mitglieder des Bezirksamtes. Die Wahl der unbesoldeten Mitglieder erfolgt auf Grund des Verhältniswahlsystems. Es mangelt noch in verschiedenen Bezirken an geeigneten Räumlichkeiten. Soweit solche vorhanden sind, müssen sie aber erst entsprechend hergerichtet werden. Die Beschleunigung der Wahlen für die Bezirksamter scheint geboten, damit die Leitungen der Bezirke von vornherein bei der Einrichtung der Ämter bestimmend mitwirken können.

13. Verwaltungsbezirk (Tempelhofer, Mariendorfer, Marienselde, Lichtentade). Die Anmeldung zur Jugendweihe für den

13. Bezirk erfolgt für Tempelhofer bei Georg Neumann, Stalbergstr. 9, für Mariendorfer bei Otto Günther, Karlsruherstr. 13, für Marienselde bei Manschke, Bülowstr. 46, für Lichtentade bei Georg Dietrich, Berliner Str. 13.

Weißensee, 18. Verwaltungsbezirk. Sonntag vorm. 10 Uhr in Weißensee, Grüner Baum, Sitzung der Kommunalen Kommissionen und Bezirksverordneten.

Nach erfolgter Umgestaltung eines Teils des Friedhofes in Friedrichsfelde können nunmehr wieder Beerdigungen auf diesem Friedhof stattfinden.

Tumultgeschädigte. Infolge des völligen Verfalgens der Behörden bei Entschädigung unserer Anträge auf Entschädigung macht sich ein gemeinsames Vorgehen notwendig. Zu diesem Zweck findet am Donnerstag, den 20. Januar, abends 6 Uhr, in der Schulaula Tüftler Straße eine Versammlung aller Tumultgeschädigten statt.

Für die Familien politischer Gefangener einen Stundenlohn zu opfern, beschloß mit großer Mehrheit eine Betriebsversammlung der Firma C. Bechtein in der Johannisstraße. Wie uns mitgeteilt wird, hat ein Mitglied der S. P. D. nach dieser Versammlung erklärt, es schade den Eingesperrten nichts, denn wenn sie drauhen wären, würden sie nur etwas neues austressen. Diese Äußerung muß entschieden zurückgewiesen werden, zumal wenn sie von Arbeitern kommen. Natürlich wollen sich solche Helden nur davon drücken, für den genannten Zweck ein kleines Opfer zu bringen, daß doch nur den Familien zugute kommen soll.

Das Kind muß einen andern Namen haben! Die Regierung läßt die Presse an, in Zukunft für die Grünen nicht mehr den Namen Sicherheitspolizei anzuwenden, sondern dafür Schutzpolizei oder einen andern Namen unliebsam bekannten Namen zu gebrauchen. Wir sind gespannt, ob sich mit dieser Namensänderung auch das Wesen der Sicherheitspolizei verändern wird. Vorläufig unterzeichnet die „Schutzpolizei“ ihre amtlichen Schreiben selbst noch mit „Sicherheitspolizei“. Der Unterschied dürfte auch ziemlich schwer zu definieren sein.

Ueber die Munitionsexplosion in dem Wassen- und Munitionslager der Firma Bauer u. Co., Alte Jakobstr. 106, schreibt uns der Betriebsrat der Reichsdruckerei: Freitag, 12. Uhr vormittags, erfolgte eine mächtige Explosion in dem Munitionslager der obigen Firma. Das etwa 100 Mann starke Personal der Reichsdruckerei, welches in dem Gebäude beschäftigt war, mußte flüchten, teilweise unter Zurücklassung der Garderobe. Die Reichsdruckerei hatte schon mehrere Male gegen die Firma Bauer die Räumungssage beim Mieteinigungsamt eingereicht, mit dem Hinweis auf die Gefahr für die Menschenleben und die untergebrachten Geldwerte. Das Mieteinigungsamt gestattete der Firma, ihren gefährlichen Betrieb weiter in dem Hause auszuüben. In dem Hause befindet sich außerdem noch eine Zellsuloidfabrik. Es ist geradezu unerhört, in einem mit vielen arbeitenden Menschen angefüllten Hause derart gefährliche Betriebe zu dulden. Das ist ein freches Spiel mit Menschenleben. Jetzt, wo das Unglück passiert ist, wird das Mieteinigungsamt wohl anderer Meinung sein.

Ein langgejuchter Dieb verhaftet. Ein Verbrecherpärchen, zwei Diebespezialisten, die beide auf ihrem Gebiet „Großes“ leisteten, konnten Freitag von der Kriminalpolizei in ihrem gemeinsamen Schlafswinkel verhaftet werden. Der Bräutigam ist der frühere Kutscher Wünsch, nebenbei Artist. Als es den Beamten des Kollidiezernats im Dezember 1919 gelungen war, ihn mit einer großen Kollidiebesbande unerschädlich zu machen, gelang es dem Artisten schon bald darauf, wieder aus dem Polizeigefängnis zu entweichen. Er nahm sofort sein altes Treiben wieder auf und lebte mit keiner Geliebten, einer Gertrud Budu, in dem gemeinsamen Versteck in der Andreasstraße 38. Wünsch, der auch gelegentlich als Einradfahrer auf kleinen Bühnen auftrat, hatte jetzt dreitägiges Probeengagement bei einer Zigarettenfabrik gefunden, für die er auf seinem Einrad durch die Straßen Berlins Kellern fahren sollte. Er erhielt dafür einen Stundenlohn von 30 Mark. Diese Kellernfahrten wurden ihm zum Verhängnis. Die Beamten stellten fest, daß er sich in der Andreasstraße 38 einflopiert hatte. Sie hatten ausgetuschelt, daß das Zimmer einen zweiten Ausgang nach dem Dache hatte, den Wünsch im Falle der Gefahr benutzen wollte. Die Beamten drangen aber ein und nahmen ihn fest, als er mit der Braut im Reit lag. Sie griffen so schnell zu, daß er auch von seiner Pistole, die er ständig bei sich führte, keinen Gebrauch mehr machen konnte.

Frauenberatungsstellen in Neukölln. Der Magistrat Neukölln hat neben der Frauenberatungsstelle im Rathaus eine besondere Beratungsstelle für werdende Mütter (Schwangeren-Beratungsstelle) eingerichtet. Sie ist in den Räumen der Hebammenlehranstalt, Neukölln, Mariendorfer Weg 28/30, untergebracht. In dieser städtischen Schwangeren-Beratungsstelle werden Sprechstunden, die mit den vormittags stattfindenden Polikliniksprechstunden nicht identisch sind, nur Donnerstag von 5 bis 8 1/2 Uhr nachmittags abgehalten, in denen neben ärztlichen Ratschlägen auch Auskünfte in Versorgungs- und Rechtsangelegenheiten der Mütter erteilt werden. Auch können für werdende Mütter Scheine für die Sonderzweckungen von Lebensmitteln bezogen werden, ohne daß hierdurch besondere Kosten entstehen. In der allgemeinen Frauenberatungsstelle, Rathaus, Zimmer 241, zwei Treppen, werden in der mit Ausnahme von Donnerstag täglich von 11 bis 1 Uhr stattfindenden Sprechstunde alle Fälle von Frauenratlosigkeit und Frauennot behandelt. Es wird noch darauf hingewiesen, daß die Inanspruchnahme beider Einrichtungen auch durch Frauen aus Britz, Sudow und Rubow erfolgen kann.

Vorübergehende Schließung des Wohnungsamtes in Lichtentberg und Friedrichsfelde. Die Inspektion des Wohnungsamtes A und B bleiben vom 17. d. Mis. ab vorübergehend auf acht Tage für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen.

Inventory Room Sale - Inventur Räumungsverkauf in fast allen Sorten Schuhwaren, vorwiegend erstklassige Fabrikate, deren Restbestände ich weit unter dem Einkaufspreis abgebe! Stiefelkönig Friedrichstr. 131c an der Karlstr. Gegr. 1895 Beachten Sie bitte unsere Hausnummer 131c

Gewerkschaftliches

Achtung, Eisenbahner!

Erscheint in Massen zu der am Sonntag, den 16. Januar 1921 stattfindenden Demonstration. Zahlstellen, welche Generalversammlung haben, marschieren pünktlich 11 Uhr vom Verammlungsort ab zur Demonstration nach dem Lustgarten. Den mit roten Bändern gekennzeichneten Ordnern ist unbedingt Folge zu leisten. Die Ortsverwaltung des D. E. B.

Die Lohnbewegung der Hochbahner

Die Hochbahner nahmen am Freitag abend in einer außerordentlich stark besuchten und sehr stürmisch verlaufenen Versammlung des gesamten Personals Stellung zu dem neuen Angebot der Direktion. Die Verbandsvertreter und der Vorsitzende des Betriebsrates gaben Bericht über den Gang der Verhandlungen. Nachdem die Direktion anfanglich ein Angebot von 40 Pf. für alle Arbeiter und Angestellte gemacht hatte, erhöhte sie dieses zuletzt auf 60 bzw. 65 Pf. für die männlichen und 45 Pf. pro Stunde für die weiblichen Arbeiter oder bei monatlicher Zahlung auf 125 Mark für das männliche und 90 Mark für das weibliche Personal. Die Versammelten waren aber auch durch dieses Zugeständnis bei weitem nicht befriedigt und gaben ihren Unwillen über das geringe Entgegenkommen stürmischen Ausdruck.

Man fand es vor allem unerhörte, daß seitens der Direktion zwar fortgesetzt Fahrpreiserhöhungen vorgenommen werden, aber bei ihr die Reizung bestesse, ihre Arbeiter und Angestellten an den erhöhten Einnahmen teilhaben zu lassen.

Nach längeren Erörterungen, und nachdem vom Vorstandsstich erklärt worden war, daß von weiteren Verhandlungen nichts zu erwarten sei, die Abstimmung über eventuellen Streik jedoch erst erfolgen könne, nachdem die mit dem Verkehrs- und Verbandspersonal solidarisch verbundenen Bureau- u. Angestellten zum Abschluß ihrer Tarifverhandlungen gekommen seien, wurde schließlich folgende Resolution angenommen:

„An dem am 9. d. M. in der Vollversammlung gefaßten Entschluß, uns mit dem Bureaupersonal solidarisch zu verhalten, ist unbedingt festzuhalten. Die Abstimmung über das Angebot der Direktion für die Handarbeiter ist solange zurückzuhalten, bis die Verhandlungen mit dem Bureaupersonal vollzogen sind.“

Es ist nunmehr damit zu rechnen, daß die Abstimmung Anfang nächster Woche vorgenommen wird.

Anschließend daran nahm der Vorsitzende Stellung zu dem jetzt in Uebung gekommenen Justizverfahren und glaubt annehmen zu dürfen, daß sich alle Versammelten in der Beurteilung der Justizschande einig seien. Diese Annahme fand dann auch durch einstimmige Annahme einer Resolution ihre Bestätigung.

Urwahlen im Schneiderverband

Am Dienstag, den 11. Januar 1921, fand in den Germania-Sälen die Jahresversammlung des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes statt. Lange vor Beginn derselben war der große Saal bereits überfüllt, so daß Tausende von Kollegen und Kolleginnen wieder umkehren mußten. Der Kollege Wilhelm Schumacher gab zunächst den Geschäftsbericht, in dessen Endresultat er versuchte, den Mitgliedern zu beweisen, daß nur durch einen Anschluß an die 3. rote Gewerkschafts-Internationale der Kollegenchaft geholfen werden kann.

In der Diskussion hatte man reichlich Gelegenheit, auch gegenteilige Ansichten zu hören, so daß die Kollegen Lehmann und Sabath im einzelnen die Ansicht des Kollegen Schumacher gepflichtet und darauf hinwies, daß es besser sei, sich der 1. oder 2. d. Internationale anzuschließen, als umgekehrt neben der schon bestehenden eine neue zu gründen und damit die Spaltung der Gewerkschaften herbeizuführen. Der Kollege Schumacher war dann in seinem Schlusswort auch merklich schwach, so daß es ihm nicht gelang, die Mehrheit der Mitglieder von seiner Ansicht zu überzeugen. Interessant ist weiter, festzustellen, daß beim 2. Punkt der Tagesordnung, „Stellungnahme zur Neuwahl der Ortsverwaltung durch Urwahl“ der Kollege Kfamei sich als Gegner der Urwahl entpuppte. Er versuchte mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln den Kollegen und Kolleginnen plausibel zu machen, daß nur durch eine vorgenommene Abstimmung in der Generalversammlung die richtige Entscheidung gefällt werden könnte. Dem wurde von der Versammlung lebhaft widersprochen, so daß der Redner dauernd am Weiterreden gehindert wurde. Schließlich wurde der Antrag, die Wahl durch Urwahl vorzunehmen, mit übergroßer Mehrheit nach zweimaliger Abstimmung, nachdem dieselbe von den Kommunisten angezweifelt wurde, angenommen.

Beim 3. Punkt der Tagesordnung: „Anstellung der Kandidaten zur Neuwahl der Ortsverwaltung“ wurden zwei Listen abgegeben, und zwar eine Liste der Kommunisten mit dem Namen: Wilhelm Schumacher als Bevollmächtigter an der Spitze und eine Liste unserer Richtung mit dem Namen: Willy Lehmann als Bevollmächtigter an der Spitze. Die Urwahl selbst findet am 20. Januar statt und mit wollen hoffen, daß die Entscheidung an dem Tage so fällt, daß ein geordnetes Arbeiten für die Mitglieder des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes gewährleistet wird.

Am 23. Januar werden also die Mitglieder der Berliner Zahlstelle des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes den gleichen Kampf ausfechten müssen, den die Berliner Metallarbeiter eben mit Erfolg beendet haben. Schon jetzt gibt es zu rufen. Unsere Parteigenossen müssen in allen Betrieben und in allen Versammlungen für die Liste Lehmann werben. Es gilt auch hier, den Schaden abzuwenden, den eine Ueberführung der Leitung einer Gewerkschaft in kommunistische Hände unter allen

Umständen bedeutet. Herr Schumacher hat umgelehrt. Er hat sich nicht gekümmert, das Ergebnis seiner „Studien“ in Rußland vor den versammelten Berliner Scharfmachern des Vereins der Kaufleute und Industriellen vorzutragen. Am 23. Januar muß ihm die Quittung dafür gegeben werden.

Roslau erhält Zuwachs

Zu einem imposanten Protest gegen die Machinationen des Vorstandes des Vereins Berliner Buchdrucker gestaltete sich die am Donnerstag von der gemeinsamen Opposition einberufene Versammlung. Längst vor Beginn derselben war sowohl der Versammlungssaal als auch die angrenzenden Restaurationsräume der „Arminhallen“ bis auf den letzten Platz gefüllt und selbst nachdem sämtliche Tische entleert, fand ein großer Teil der Erschienenen keinen Einlaß mehr und mußte unverrichteter Dinge wieder umkehren.

Der Referent, Genosse Bierath, verstand es, den Zuhörern in ruhiger und sachlicher Weise noch einmal die Vergewaltigung der 13 000 Buchdrucker vor Augen zu führen und wie der Vorstand ängstlich bemüht ist, ihn noch in letzter Minute vom Sprechen in dieser Versammlung abzuhalten. Es ist bezeichnend für den Geist dieser Herren, die aus Furcht vor der Urwahl sich mit Stumenthal-Thomashen Unratquellen identifizieren und von der seit Jahrzehnten geübten Praktik abtrüden. Jeder ehrliche Demokrat verlangt das direkte Wahlrecht und das weitgehendste Mitbestimmungsrecht für die Massen, die prominenten Vertreter der „praktischen Gewerkschaftsarbeit“ aber tun das nur, wenn es ungefährlich erscheint. Ihre Auffassung von der Meinungsfreiheit des Einzelnen konnten sie wirklich nicht besser charakterisieren, als daß sie bei der Besprechung über die Haltung des Vorstandes dem Schlussantrag der S. P. D.-Fraktion Folge gaben. Beides, sowohl die Ablehnung der Urwahl, als auch die Ablehnung der Kritik an der Haltung des Vorstandes ergänzen sich sinngemäß und laufen in ihrem Endziel auf die Diktatur des Proletariats hinaus. Wir gratulieren unseren Freunden von links zu diesem Zuwachs.

Selbst einem Diskussionsredner der S. P. D.-Fraktion ging diese Macherei zu weit und er wandte sich gegen den Vorwurf, an dieser „positiven Gewerkschaftsarbeit“ mitgewirkt zu haben. Auch die nachfolgenden Diskussionsredner unterstrichen die Ausführungen des Referenten recht scharf, jedoch der Versammlungsleiter mit Recht darauf hinwies, einem Vorstand, der nicht den Mut aufbringt, sich zur Urwahl zu stellen, jede Anerkennung zu verweigern und deshalb von der Abwendung einer Resolution abtrat.

Einen wahren Sturm der Entrüstung löste die Mitteilung eines Vertreters des vom Deutschen Druck- und Verlagshaus ausgeperrten Personals aus, daß sich bis dato noch kein Organisationsvertreter in ihren Versammlungen hat sehen lassen, obwohl sie bereits seit einer Woche ausgeperrt sind und der Vorstand sofort in Kenntnis gesetzt wurde. Auch praktische Gewerkschaftsarbeit.

Kollegen, ihr habt es in der Hand, diesen scheinheiligen Demokraten die richtige Antwort zu geben. In den Bezirksversammlungen am Montag, den 17. Januar, verlangt ganz entschieden, daß sich der Vorstand zur Urwahl stellt und gibt eure Stimme geschlossen für die Kandidaten der Opposition ab.

Verleumdungen gegen Betriebsräte

gehen in letzter Zeit durch die ganze bürgerliche Presse. Augenblicklich wird der Betriebsrat der Berliner Straßenbahnen moralisch „hingerichtet“. Es wird u. a. behauptet, daß 40 Betriebsräte vorhanden sind, von denen keiner unter 15 000 M. verdient und die alle von der Arbeit befreit sind, weil sie ständig über die Schaffung neuer „Ämter“ beraten und „im Verband tätig sein müssen“.

Daß die Räte der Straßenbahner Rechte haben, die über den gesetzlichen Rahmen hinausgehen, haben sie einmal ihrer Organisation zu danken und dann der sozialen Einsicht des Berliner Magistrats, der begriffen hat, daß das Betriebsrätegesetz nur ein Rahmengesetz ist, das Mindestrechte für die Arbeiter geschaffen hat. Selbstverständlich ist es eine Lüge, daß sämtliche Betriebsräte von der Arbeit befreit sind. Die gemischtausschussartige Betriebsräte amtierende Körperschaft besteht aus 30 Personen, von denen aber nur fünf von der Arbeit befreit sind. Daß das für eine Belegschaft von 22 000 Personen, die sich auf 35 Bahnhöfen, 18 Bahnhöfen, 3 Hochbauabteilungen, 6 Wachtstationen der Oberleitungsbauabteilung und die Hauptwerkstatt mit 1400 Arbeitern verteilen, nicht zuviel ist, wird jeder begreifen.

Der Betriebsrat hat dem Magistrat und den Stadtverordneten eine Denkschrift zugehen lassen, worin zugegeben wird, daß für die Direktoren Privatarbeiten gemacht werden. Der Rücktritt der Gesamtdirektion ändert nichts an der Tatsache, daß die Stadtverordneten eine Kommission einsetzten, die die Anlagen des Betriebsrats zu prüfen hat. Die Aufregung der bürgerlichen Presse scheint also den Zweck zu haben, den klaren Tatbestand zu trüben. Die Anwürfe gegen den Betriebsrat sind nichts als ein Rechwerf. Wir begnügen uns vorläufig mit dieser Zurückweisung und wollen abwarten, was die Kommission feststellen wird. (Gewerkschaftlicher Nachrichtendienst.)

Harmlose Agrarier

Als nach der Revolution mit der Einführung von Tarifverträgen in der Landwirtschaft, und des Erlasses der vorläufigen Landwirtschaftsordnung der Systemlosigkeit und der Willkür der Agrarier bei der Festsetzung der Arbeitszeit für die Landarbeiter Schranken gezogen wurden, wurde seitens der Agrarier ein Sturm der Entrüstung entfacht und das Wespenstich des Zusammenbruchs der Ernährungswirtschaft in grellen Farben an die Wand gemalt. Seit jenem Tage ist den Herren Agrariern die Anwendung jedes Mittels recht, um die Landarbeiterschaft von neuem zu fesseln und ihr die Notwendigkeit einer Verlängerung der Arbeitszeit schmachtlich zu machen. Sie scheuen sogar nicht zurück, eine Frage, die dem gesamten Volke am Herzen liegt, die Förderung der Fürsorge für die notleidenden und unterernährten Kinder, als Agitationsmaterial für ihre dunklen Bestrebungen in

Anwendung zu bringen. So veröffentlicht die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrer Morgenausgabe vom 6. Januar die Meldung, die gesamte Arbeiterschaft des Rittergutes Silberberg, im Kreis Beesdow-Storkow, habe beschlossen, in diesem Jahre 100 Opferstunden Mehrarbeit zu leisten und die Hälfte des Lohnes dieser Mehrarbeit den armen städtischen Kindern zu opfern. Getroffene Feststellungen haben ergeben, daß diese Meldung völlig un wahr ist. Wohl hat die Arbeiterschaft des genannten Gutes sich mit einem beträchtlichen Anteil an der seitens der „Kinderhilfe“ inszenierten Sammlung beteiligt, eine Verpflichtung auf Leistung von 100 Stunden Mehrarbeit ist jedoch nicht erfolgt.

Die Landarbeiterschaft ist die letzte Arbeiterkategorie, die nicht die Notwendigkeit der Beteiligung an dem elden Hilfswort für die Wiedergeburt unserer Zukunft anerkennt. Entschieden dagegen protestieren muß sie aber, daß die Arbeitgeber in der Landwirtschaft glauben, hierin ein neues Aderungsmittel gefunden zu haben.

Verband der Fabrikarbeiter, Betriebsräte, Arbeiterräte und Betriebsobstene. Die an den im Februar beginnenden freigewerkschaftlichen Rätekursen teilnehmen wollen, müssen sich unter Vorlegung ihrer Legitimation und des Mitgliedsbuches in unserem Bureau, Engel-Platz 15 bis zum 21. Januar 1921 melden. Soweit die Obgenannten noch nicht im Besitz der neuen Legitimationstafeln sind, müssen dieselben ebenda baldmöglichst abgeholt werden. Die Ortsverwaltung.

Oppositionelle Buchdrucker, Bezirk 3, Sonntag, vormittags 10 Uhr, bei Flug, Danziger Straße 71, wichtige Besprechung, Erscheinen unbedingt notwendig.

Aus den Organisationen

4. Bezirk, 6. Abteilung, Montag, 17. Januar, 7 Uhr, bei Senft, Wiesenstraße 15, kommunale Angestelltenklub.

4. Bezirk, 12. Abteilung, Abrechnung am Montag abend bei Schmal, Wiesenstraße 70.

4. Bezirk, 7. Abteilung, Montag, 17. Januar, abends 7 Uhr, Sitzung bei Bier, 18. Kommissionsmitglieder müssen erscheinen. — Dienstag, 18. Januar, abends 7 Uhr, Verwaltungssitzung. Die Abteilungsleiter haben ab 10 Uhr zu erscheinen.

4. Bezirk, 7. Abteilung, Montag, 17. Januar, abends 7 Uhr, im Hotel von Blüthner, Petersburger Str. 15, Ecke Jandorfstraße, Sitzung sämtlicher Funktionäre und Kommissionsmitglieder der Abteilung.

18. Bezirk, Montag, 17. Januar, 7 Uhr, in der Schulaula Chilianstraße 44, Besprechung der Kommunalen Kommission. Erscheinen sämtlicher Mitglieder unbedingt.

Neußeln, Brüg, Sudow, Kubow, Vollversammlung der Agitations- und Bildungsvereine am Dienstag, 18. Januar, abends 7 Uhr, bei Senft, Wiesenstraße 15. Bericht der Leiterinnen. Alle reedebegabten Genossen und Genossinnen können sich dort melden. Mitgliedsbuch legitimiert.

18. Bezirk, am Dienstag, 18. Januar, abends 7 Uhr, findet im Kultur-Sportklub, Poststr. 10, eine öffentliche Versammlung für die weibliche Schule statt. Die Elternberichte müssen unbedingt 1/2 Stunde vorher erscheinen.

18. Bezirk, Dienstag, 18. Januar, pünktlich 7 1/2 Uhr, Sitzung der Schlichtungskommission bei N. Senft, Köpenick 3.

Charlottenburg, Der Brunnensaal muß selbst am 17. Januar ausfallen und findet am Montag, 24. Januar, statt. Versammlungsort wird noch bekannt gegeben.

Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald, Bezirksleiter haben Plakate für die öffentliche Versammlung am Sonntag bei Schilling, Danziger Straße, 10, — Dienstag, 18. Januar, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung in der Viktoria-Kaulen-Schule, Wilmersdorf, Ecke Galtener Straße. Referent: Genosse Senft. Sämtliche Genossen haben pünktlich zu erscheinen.

Tempelhof, Montag, 17. Januar, abends 7 Uhr, bei Senft, Wiesenstraße 15, öffentliche Versammlung. Gen. Dr. Krichke spricht über „Sozialismus und Familie“.

Tempelhof, Dienstag, 18. Januar, abends 7 Uhr, wichtige Zusammenkunft sämtlicher Funktionäre bei Bell, Dori, Ecke Neue Straße.

Neußeln, Der Neuanwärterabend findet Montag abend 7 Uhr, nicht in der Brunnenstraße, sondern im Restaurant Kaiser, Wilmersdorf, 12. Ball. Die Genossen dort spricht über „Der Kampf gegen die Paragrafen der Jugendmoral“. Sätze willkommen.

Reinickendorf, Weich, Gruppenleiter! Die am Dienstag stattfindende Mitgliedsversammlung ist unabhängig von der Besetzung, Grunewald.

Schöneberg, Montag, 17. Januar, abends 7 Uhr, findet folgende Versammlung statt: Bericht über die Tätigkeit der 18. Kommissionsmitglieder am 17. Januar, abends 7 Uhr, bei Senft, Köpenick 3, Gruppenversammlung, Tagesordnung: Bericht über die Tätigkeit der 18. Kommissionsmitglieder im verflochtenen Jahre. Sätze über Obgenanntem dringend erforderlich.

Betriebsrat der graphischen Hilfsarbeiter, Dienstag, 18. Januar, abends 7 Uhr, Versammlung bei Hennig, Kranzbrunnstr. 44.

Zentralverband der Angestellten, Kranzbrunnstr. 44, Mitgliedsversammlung am 17. Januar, nachm. 4 Uhr, bei Senft, Köpenick 3, Blumensch. 10. — Chemnitz, Industrie und Großhandel: Mitgliedsversammlung am 17. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Neue Philharmonie, Ebersdorfer Str. 107. — Eisensteinen: Sektionsversammlung am 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Mühlstraße, Kaiser-Wilhelm-Straße 11. — Sektionsabteilungen: Sektionsleiter Str. 8, Poststr. 10, Mitgliedsversammlung am 18. Januar, nachm. 5 1/2 Uhr, Schultheiß, Neue Jochstr. 24.

Deutscher Transportarbeiter-Verband (Kasseler), Gruppe 1 (Ludwig, Mühlstr. 11), Montag, 17. Januar, nachm. 4 1/2 Uhr, bei Witte, Poststr. 10, Betriebsratsversammlung. — Gruppe 2 (Gami und Seiden): Mittwoch, 18. Januar, nachm. 5 Uhr, in der Schule Riederstr. 12, Gruppen-Versammlung. — Rittenbrunn, am Dienstag, 18. Januar, abends 7 Uhr, findet bei Knoch, Kahlbergstr. 21, eine Versammlung sämtlicher Ratgeber und Betriebsratler statt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband (Bezirk Groß-Berlin), Betriebsratsversammlung Betriebsobstene und Betriebsräte der Deutsche Post- und Arbeitsstätten, Dienstag, 18. Januar, abends 7 Uhr, im Lokal von Hofstra, Reichstr. 11, Betriebsratsversammlung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Verwaltung Berlin, Die bekannte Kommissionsmitgliedin Klara Wiegand ist heute abend 7 Uhr in der Kula, Weinmeisterstraße 18, aus eigenen Werten. Karten 1,50 M. sind noch an der Kasse zu haben.

Deutscher Bauarbeiter-Verband, Bezirksverein Berlin, Am Dienstag, 18. Januar, nachm. 3 Uhr, findet in der Remondbrunnstr. 55-59 eine Vollversammlung der Belegschaften für das Holz- und Tischlergewerbe statt. Um rege Beteiligung wird ersucht.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands, Montag, 17. Januar, abends 7 Uhr, Branchensammlung der Schuhmacher bei Herber, Weichstr. 11, Branchensammlung der Schuhmacher, Sektionsleiter und Bericht (innen) bei Senft Str. 127a. — Mittwoch, 18. Januar, abends 7 Uhr, Versammlung aller Frauenvereine und Betriebsräte, Berliner Konjunktisten, Kommandantstr. 10.

Ziella's Margareten-Saal / Leipziger Str. 101-102 Ecke Friedrichstr.

Nachmittag: Cabarett-Abende in ihren neuen Landespokalitäten. — Abends 8 Uhr: „Reizeres Programm.“ Schließende Nacht.

Inventur = Ausverkauf

Wir haben unsere Verkaufspreise in großzügigster Weise ohne Rücksicht auf den Einkaufspreis ganz enorm herabgesetzt und verkaufen nur wirklich erstklassige Qualitäts-Schuwaren

fabelhaft billig

Unsere Schaufenster-Auslagen zeigen ein sprechendes Bild von den beispiellosen Preisvorteilen

Stiller

Winter-Artikel
und Damen-Tanzschuhe
Extra billig

Rest-Bestände
und Gelegenheitsposten
Extra billig